

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3099.

Herausgeber: H. Stubbe in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Köste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 $\frac{1}{2}$
Bergnügungs-Anzeigen 15 $\frac{1}{2}$, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 $\frac{1}{2}$ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Inwieweit ist die Hebung der Klassenlage der Arbeiter durch die Gewerkschaftsbewegung möglich?

I.

In allen Kulturstaaten der Erde hat der industrielle Kapitalismus einen Riesenaufschwung genommen. Die Entwicklung desselben, beginnend im vorigen Jahrhundert, hat in stets aufsteigender Linie bis auf den heutigen Tag nie geahnte Fortschritte gemacht. Er beherrscht nicht allein nur den gesamten Weltmarkt infolge seiner ihm zu Gebote stehenden Machtmittel, sondern auch das gesamte wirtschaftliche und soziale Leben der verschiedensten Bevölkerungsschichten, namentlich das der Arbeiterklasse.

Die arbeitende Klasse hat denn auch, mehr wie jede andere, ein lebendiges Interesse daran, genau die Wandlungen des Kapitalismus zu verfolgen und Nutzenanwendungen aus ihrer Beobachtung zu ziehen. Sie wird die zu Tage tretenden Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise: wie Gewinnanhäufung auf Kosten der Produzenten, Krisen, Arbeitslosigkeit, Armut, Elend, Unterdrückung, Trennung der Gesellschaft in zwei Heerlager, in Besitzende und Besitzlose, genau registrieren, und soweit es in ihrer Macht liegt, Abhilfe schaffen, event. eine Umwandlung des Systems herbeizuführen suchen.

Mit der immer größeren Konzentration des Kapitalismus in immer weniger Hände geht der Ruin selbstständiger Existenzen Hand in Hand. Eines bedingt das Andere. Durch Zusammenschließung großer Kapitalien zum Zwecke der Errichtung großer Unternehmungen, durch Gründung von Aktiengesellschaften, durch Bildung von Kartellen, Trusts usw., wird die Produktion in ganz andere Bahnen gelenkt, billiger und vortheilhafter produziert. Maschinen der besten und neuesten Konstruktion machen menschliche Arbeitskraft überflüssig und überantworten die Besitzer derselben dem Elend und Verbrechen. Rathlos steht diesem Umstande das Proletariat, namentlich in Zeiten schlechter Geschäftsperioden, gegenüber. Oft wird die Frage erwogen: Was ist zu thun, um solchen Eventualitäten für die Folge vorzubeugen, wie können wir uns und unsere Familien gegen die Folgen der planlosen Produktionsweise des Unternehmertums, gegen die unverantwortliche Ausbeutung nicht allein unserer, der männlichen Arbeitskraft, sondern auch der unserer Frauen und Kinder schützen? Welche Mittel sind anzuwenden, um unsere mißliche Lage zu verbessern und unsere Klassenlage zu heben?

Ueber die Mittel, welche anzuwenden sind, dürften Viele verschiedener Meinung sein, darüber herrscht aber Einstimmigkeit, daß es nur auf dem Wege der Vereinigung, der Organisation geschehen könne.

Wir wollen auf die Geschichte der Arbeiterorganisation nicht näher eingehen; die Kämpfe, welche sie mit dem Unternehmertum und den Regierungen schon seit einem Jahrhundert bestanden hat, sind in allen Kulturstaaten gleich hartnäckig und ausdauernd geführt worden. Ist die Berechtigung der Organisation in einzelnen Staaten nach langen Kämpfen, wie in England und der Schweiz, auch anerkannt und der gesetzliche Schutz garantiert worden, so kann das leider von Preußen-Deutschland nicht gesagt werden.

Wohl bestehen keine Koalitionsverbote mehr, denn diese sind im § 152 der Gewerbeordnung aufgehoben, aber ein wirklich freies Koalitionsrecht steht nur auf dem Papier. Die Verhandlungen im Reichstage über die Berufsvereine haben aufs Neue bewiesen, daß

man die Arbeiterorganisationen mit scheelen Augen ansieht und eine Koalition von Gewerkschaftsorganisationen nur dann zugestehen will, wenn von der anderen Seite, wie König Stumm sagte, ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie erlassen würde.

Ob man sich aus Furcht vor den Arbeiterorganisationen nicht zu der geringen Konzession verstehen kann, oder ob es nur der hochnäsige, prozenhafte Dünkel ist, der die Arbeiter unter allen Umständen nur als Menschen zweiter Klasse gelten lassen will? Wir wissen es nicht! Als sicher anzunehmen ist aber, daß das Unternehmertum im eigenen Interesse alle Forderungen der Arbeiter auf etwas mehr Bewegungsfreiheit rücksichtslos, und zwar nur aus Furcht, die Arbeiter möchten die erlangte Freiheit gegen sie ausnützen, bekämpfen wird.

Nun, die Arbeiterschaft wird sich auch für die Folge mit dem bisherigen Zustande abzufinden wissen und überall da, wo sich ihr die Gelegenheit bietet, ihre Klassenlage zu verbessern, diese wahrzunehmen suchen. In erster Linie ist die Gewerkschaftsorganisation, soweit es sich um rein wirtschaftliche, materielle Aufbesserung der Arbeiterlage handelt, dazu berufen. Daß die politische Organisation mit den Gewerkschaften Hand in Hand gehen, sie nach Kräften unterstützen muß, halten wir für so selbstverständlich, daß wir es nicht für nöthig halten, näher darauf einzugehen.

Wenn durch die Gewerkschaftsbewegung die Klassenlage der Arbeiter gehoben werden soll, so muß vor allen Dingen dahin gestrebt werden, daß die Mitglieder derselben durch Schulung ihre Klassenlage erst erkennen lernen, sie müssen auf alle die Uebelstände, welche das heutige privatkapitalistische Produktionssystem zeitigt, hingewiesen und ihnen die verderbliche Tendenz unserer heutigen Wirtschaftsweise vor Augen geführt werden. Namentlich muß in den jüngeren Mitgliedern das Klassenbewußtsein geweckt, ihnen begreiflich gemacht werden, daß auch sie in unserer herrlichen, göttlichen Weltordnung so eine Art von Menschen sind, die nicht allein nur ein Recht zu Leben haben, sondern ihnen auch das Recht zusteht, alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, um sich das Leben angenehm und lebenswerth zu machen.

Die Gewerkschaftsorganisation hat die Pflicht, alle indifferenten Berufsgenossen, ob durch mündliche oder schriftliche Agitation, in ihren Kreis mit hineinzuziehen.

Die Indifferenten müssen in erster Linie darauf hingewiesen werden, daß die Arbeitskraft jedes Arbeiters seitens des Arbeitgebers als eine Waare, wie jede andere käufliche Waare, angesehen und auch als solche gekauft wird; daß die Waare Arbeitskraft denselben Waarengesetzen in Bezug auf Angebot und Nachfrage unterworfen ist, wie alle anderen Artikel; daß sie es aber in der Hand haben, ihre Arbeitskraft so theuer wie möglich zu verkaufen, indem sie sich weder Lohnabzüge noch die Verlängerung der Arbeitszeit gefallen lassen; daß sie aber, um dies zu können, auch die nöthige Macht in Händen haben müssen und diese nur in der Vereinigung aller gleichbedrückten und gleichgestellten Kollegen zu finden ist.

Durch die Vereinigung bekommt der Arbeiter eine Kontrolle über das Angebot seiner Waare auf dem Markte, durch sie wird es ihm möglich, seine Waare mit Vorbehalt anzubieten und bei Feststellung ihrer Verkaufsbedingungen mitzuspreehen; bei günstiger Gelegenheit kann er sie theuer verkaufen, eventuell bei einem zu niedrigen Kaufgebote zurückhalten. Wenn die indifferenten Arbeiter zum Denken darüber, wie sie ihr einziges Eigenthum, ihre Arbeitskraft, am

besten verkaufen können, angeregt werden, ist schon viel gewonnen.

Dieses Nachdenken, etwas weiter ausgebaut, wird bald dahin führen, daß die Arbeiter gemeinsam mit ihren Berufsgenossen zu der Erkenntniß kommen, daß es infolge der Ueberproduktion und der daraus resultirenden Arbeitslosigkeit nothwendig sei, das Angebot der Arbeitskraft zu regeln und die Nachfrage stetiger zu machen, um eine planlose Produktion für die Folge zu verhüten. Je früher die Masse der Arbeiter zu dieser Erkenntniß kommt, desto eher wird es möglich sein, auf die gesammte Lebenshaltung der Arbeiter einzuwirken, d. h. sie zu höheren Bedürfnissen und damit zu größeren Ansprüchen zu erziehen.

Es ist ja eine unbestrittene Thatsache, daß Arbeiter in zurückgebliebenen, d. h. weniger kultivirten Gegenden erstens bedeutend länger arbeiten müssen, zweitens niedrigere Löhne erhalten und drittens auf körperliche und geistige Ausbildung keinen Anspruch erheben, und deshalb auch körperlich wie geistig degenerirt und folgedessen jeder Aufklärungsarbeit äußerst schwer zugänglich sind. Die recht verblüffende Thatsache offenbart sich aber, daß, wenn diese Arbeiter nach Gegenden kommen, wo höhere Löhne gezahlt, bessere Lebensgewohnheiten sich im Volke geltend verschafft haben, sie sich auch diese sehr bald aneignen. Woher kommt das? Aus dem sehr einfachen Grunde, weil sie in den meisten Fällen mit aufgeklärten Arbeitsgenossen zusammenarbeiten, von diesen über die obwaltenden Zustände unterrichtet und zur Solidarität angehalten werden; sie erfahren sehr bald, daß es besser für sie ist, anstatt 14 nur 10 Stunden zu arbeiten, anstatt Mk. 2 Lohn Mk. 3,50 zu erhalten und anstatt in ständigem Arbeitsjoch wie Arbeitsthier, als Menschen leben zu können.

Ein Arbeiter, der das erkannt hat, wird sich schwerlich bereit finden lassen, vorausgesetzt, daß nicht ganz besondere Umstände ihn dazu treiben, länger zu arbeiten, weniger zu verdienen und ein Leben ohne Freude, ohne Unterhaltung zu führen.

Die Gewerkschaftsorganisation hat nach dieser Seite hin schon wesentlich zur Hebung der Klassenlage dieser Arbeiter beigetragen; die Arbeiterschaft weiß auch das Selbstständigkeits- und das Ehrgefühl unter den Arbeitern. Wenn nicht die haarsträubenden Paragraphen dieser oder jener Fabrikordnung bekannt, gegen welche die Arbeiter, wenn sie nicht einig sind, gar nichts machen können. Wäre das Gegentheil der Fall, d. h. würden die Arbeiter sammt und sonders einer Gewerkschaft angehören, und diese dann hinter den Arbeitern dieses oder jenes Fabrikgewaltigen stehen, würden sie es nicht nöthig haben, sich allenthalben unwürdige Zumuthungen gefallen zu lassen, und die Schlichtbarone würden es sich sehr wohl überlegen, ob es angeht, der Thatsache noch rathsam sei, die Fabrikordnung aufrecht zu erhalten.

Bewirkt schon die Gewerkschaft bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit und gleichzeitiger Verminderung der Reservearmee, die stets bereit ist, die Löhne zu drücken, eine Hebung der Klassenlage der Arbeiter, so fällt dieses Bestreben noch mehr in's Gewicht, wenn es sich um etwaige Lohnforderungen der Arbeiter oder um eine Gegenwehr gegen Lohnreduzierungen handelt.

Wenngleich in den letzten Jahren verschiedene Lohnkämpfe resultatlos für die Arbeiter verlaufen sind, so kann man doch auch auf eine ganze Reihe hinweisen, die nicht ohne Vortheil für die daran Theilhabenden zu Ende geführt wurden. Sind die Vortheile eines Lohnkampfes unter den gegenwärtigen

Verhältnissen auch nur ganz minimale, ist der Lohnkampf sogar von Mißerfolg begleitet, das Gute hat er auf alle Fälle für sich, daß die daran Beteiligten und dabei Interessierten in Bezug auf Disziplin, Opfermuth und Solidaritätsgedühl eine gute Schule durchgemacht haben und sicher in den Reihen des gesamten Proletariats als Beispiel nachgeahmt zu werden verdient; und ferner wird ein Lohnkampf dem Unternehmer eine heilsame Furcht einjagen, denn Nachtheile hatte er prozentual von dem Streik mehr wie die streikenden Arbeiter, obgleich er Sieger blieb. Er wird, da das Damoclesschwert eines neuen Streiks, der ihm wieder so und so vielen Schaden zufügen würde, unaufhörlich über seinem Haupte schwebt, sich doch lieber auf gutlichem Wege zu Konzessionen herbeilassen. Auf alle Fälle würde ein solches Herbeilassen zum Vortheile für die Arbeiter sein, wenn ihre Klassenlage auch nicht merklich dadurch gehoben würde.

Intensifikation der Arbeit und Verkürzung der Arbeitszeit.

Es ist bekannt, daß die Verbesserungen der Arbeitsmittel und Arbeitsmethoden, besonders die Einführung der Maschinen und der Arbeitstheilung, nicht nur die Arbeit produktiver gemacht, sondern daneben auch, infolge des vermehrten Angebots von Händen, die Arbeitszeit verlängert und die Arbeit selbst intensiviert haben. So lange ein und derselbe Arbeiter an dem gleichen zu verfertigenden Gegenstand verschiedene Manipulationen nacheinander zu verrichten hatte, entstanden durch den Uebergang von einer zur anderen nothwendig Pausen oder Poren des Arbeitsprozesses, für den Arbeiter ebensoviel kleine Unterbrechungen der produktiven Anstrengung, Momente eines Zustandes relativer Rast oder Erholung. Vom Standpunkt des Unternehmers sind diese Pausen Zeit- und Kraftverlust; er strebt naturgemäß darnach, sie auszuschneiden, indem er den Arbeitsprozeß verdichtet. Jede neue maschinelle Vorrichtung, die dem Arbeiter eine der ihm zugewiesenen Vorrichtungen, einen Handgriff oder Tritt z. B. abnimmt, um sie zu automatisiren, schafft eine jener kleinen Pausen der Arbeitsausgabe aus der Welt, verdichtet, intensiviert die Arbeit. Das Gleiche bewirkt jede Verbesserung des bereits vorhandenen Mechanismus, die den Betrieb und damit den Arbeiter, der eine Maschine bedient, zwingt, seine Bewegungen gleichfalls in beschleunigtem Tempo zu wiederholen. Die Zahl, um welche die in einer gegebenen Zeit wiederholt erhaltene Bewegungen jetzt vermehrt sind, stellt den Anfall einer ebenso großen Zahl von Ruhe- oder Erholungsmomenten dar. Die Arbeit wird im Verhältnis zu diesem Anfall von Ruhe- und Erholungsmomenten anstrengender, eintöniger, erschöpfender. Der Arbeiter vermag jetzt in einem gegebenen Zeitraum mehr Kraft als zuvor. Diese Veranschaulichung trifft aber zugleich ausschließlich als zuvor bestimmte Organe, bestimmte Nerven, Muskeln, Sehnen. Die Intensifikation der Arbeit hat daher nothwendig die Verdichtung, gewisse Organe und Anlagen des Arbeitenden einseitig, unter Vernachlässigung der nur noch weniger oder garnicht mehr zur Abhängigkeit herangezogenen zu entwickeln.

Die im Laufe unseres Jahrhunderts auf Verkürzung des Arbeitstages gerichteten Bewegungen bilden einerseits eine Folge der vollzogenen Intensifikation der Arbeit, andererseits eine natürliche Reaktion der Arbeiter gegen dieselbe. Die Arbeiter erkennen, daß es unmöglich sei, diese Intensifikation rückgängig zu machen. Sie akzeptiren dieselbe als eine soziale Nothwendigkeit, juchten aber die Summe der einzelnen Erholungszeiten, die ihnen intensiv, innerhalb des Arbeitsprozesses, entzogen worden war, soweit als möglich ersetzt, durch Verkürzung des Arbeitstages zurückzugewinnen. Die Fabrikgesetze hielten und haben das ganze Verdienst, dieses Bestreben zu unterstützen und dort, wo es nur irgendwie hervorkam, zu einem Bestreben zu erheben; sie haben der Gefahr, mit welcher die Intensifikation der Arbeit das materielle, geistige und künliche Wohl der arbeitenden Klassen bedroht, steuern helfen.

Wenn die erreichten Verkürzungen der Arbeitszeit begünstigen Ueberseits wieder nothwendig die Verdichtung des Unternehmers-Kapitals, die Arbeit noch weiter zu intensiviren. Die Intensifikation der Arbeit bietet ihm dieselben Vortheile wie zuvor die Verlängerung des Arbeitstages: Erhöhung des Mehreinkommens, bessere Ausnutzung des vorhandenen Kapitals u. s. w., aber eben auch eine Schwächung des Körpers, Licht u. s. w. Deshalb ist die Verkürzung der Arbeitszeit an sich schon eine natürliche Intensifikation der Arbeit, insofern man sich, als sie den Arbeiter von dem Uebermaß der Arbeit befreit, in der Nothwendigkeit, sich zu bewegen, zu arbeiten, zu arbeiten. Nach der physi-

ologischen Definition ist Intensität das Verhältnis von Energie und Widerstand. Die natürliche Steigerung der Intensität entspringt also zunächst ganz von selbst der aus der Verkürzung der Arbeitszeit entspringenden Zunahme der Energie. „We work with more spirit; we have the reward ever before us of getting away sooner at night, and one active and cheerful spirit pervades the whole mill.“ (Berichte der englischen Fabrikinspektoren von 1844 und 45, zitiert bei Marx, Kapital, 2. Auflage, I. 431).

Diese Art der Intensifikation macht den Einzelnen geschickter, kraftvoller; sie kann unter jedem wirtschaftlichen System in irgend einer Form stattfinden. Minder spontan, als sie, ist jedoch diejenige Intensifikation, welche eine Folge erhöhter Produktionskraft der Arbeit ist, d. h. welche durch Verbesserung der Maschinen, Erhöhung ihrer Geschwindigkeit, erweiterten Umfang der von einem und demselben Arbeiter zu bedienenden oder zu überwachenden Maschinerie erzwungen wird. (S. bei Marx I. S. 432 ff.) Auch diese Intensifikation ist keine seitens der Unternehmer beabsichtigte, sondern für sie nur eine sekundäre, wenn auch unvermeidliche Folge der technologischen Fortschritte, der Verbesserung der Maschinerie, Verfahrensweisen u. s. w.; so sekundär, daß sie zu allererst die Arbeitgeber selbst in Erstaunen setzt, die sie zuvor nicht für möglich gehalten hätten. (S. Aeußerungen von Fabrikanten a. a. O. S. 433—38.) Darum betrachtet das Kapital im Allgemeinen auch diese Art der Intensifikation nur als eine natürliche Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter, als eine ihm, d. h. dem Kapital, gebührende und von der Natur gewährte Schadloshaltung für den durch Verkürzung der Arbeitszeit erlittenen Verlust. In der That ist die durch bloße Technik herbeigeführte Intensifikation der Arbeit so gewaltig, daß sie in vielen Fällen jenen Verlust, wie die Fabrikanten selbst anerkennen, in vielen Fällen sogar mehr als ausgeglichen hat. Allein wenn dies der Fall war, so mußte sich einerseits die Annahme, Verkürzung der Arbeitszeit werde die Einstellung einer größeren Zahl von Arbeitern herbeiführen, also der Arbeitslosigkeit entgegenwirken und sogar event. die Löhne steigern, nothwendig als trügerisch herausstellen. Die individuelle Arbeitsleistung blieb ja im Allgemeinen mindestens die gleiche wie bei längerer Arbeitszeit; es lag also weder ein Grund vor, das Personal zu vermehren, noch es theurer zu bezahlen. Andererseits war dann aber für den Arbeiter der zuerst erlangte Vortheil der Arbeitszeitverminderung durch die derselben auf dem Fuße folgende Intensifikation zum Mindesten aufgehoben, wenn nicht „mehr als ausgeglichen“. Hat er früher eine 72stündige Arbeit in 72 Stunden wöchentlich geleistet, so verrichtet er jetzt die gleiche Arbeit in 60 Stunden. Er verausgabt also jetzt täglich die gleiche Kraftsumme, wie zuvor, bloß muß er sie rascher verausgaben, eine Beschleunigung, die an sich schon einen stärkeren Verschleiß der Arbeitskraft voraussetzt. Wenn es also richtig ist, daß die Klasse der Arbeitgeber durch die Verkürzung der Arbeitszeit keinen Nachtheil, sondern eher Vortheil gehabt hat, weil sich aus dieser Verkürzung ohne ihren Willen eine Intensifikation der Arbeit ergab, so ist davon die nicht minder sichere Konsequenz, daß dieselbe Wirkung der Verkürzung des Arbeitstages den Arbeitern in Bezug auf die Veranschaulichung ihrer Arbeitskraft keinen Vortheil, sondern eher Nachtheil gebracht hat. Wenn sie Vortheile daraus gezogen haben, so müssen diese auf einem anderen Gebiete liegen, als dem, von welchem allein hier die Rede ist, d. h. auf einem anderen als dem der Veranschaulichung ihrer Arbeitsfähigkeit. In der That liegt der Vortheil auf dem Gebiete ihrer Persönlichkeit; sie haben denjenigen Theil ihrer Lebenszeit verringert, während dessen sie Lohnarbeiter, d. h. Theile eines industriellen Mechanismus sind, und dafür denjenigen Theil vergrößert, in welchem sie Menschen, fühlende, denkende, wollende Geschöpfe sind. Diese Errungenschaft dankt ihr genügend, um den ökonomisch leeren Kreislauf, den man sie mit der gegenseitigen Ausgleichung von Verkürzung der Arbeitszeit und Intensifikation der Arbeit hat durchmachen lassen, nicht als einen vergeblichen zu betrachten. Darum beginnt denn auch dieser Kreislauf, sobald er vollendet ist, sofort aufs Neue, Beide, Unternehmer und Arbeiter, legen Jeder von seiner Seite und zu seiner Zeit, scheinbar gegeneinander, in der Wirkung aber einander ergänzend, ihre Kraft ein: dem Kapital wird jede Beschränkung der Arbeitszeit Mittel und Anlaß zu weiterer Intensifikation der Arbeit; den Arbeitern ist umgekehrt jede Intensifikation der Arbeit ein Rechtsgrund für das Verlangen weiterer Reduktion der Arbeitsstunden. Der erste Theil dieser scheinbaren Kreisbewegung vollzieht sich in einer der Öffentlichkeit entzogenen Form, in den geschlossenen Räumen der Fabriken und Werkstätten; dem zweiten assistiren die

politischen Gesellschaften und die Staatsgewalten; der erste bedeutet jedesmal Vermehrungen des Kapitals, Ueberproduktionen, Krisen; der zweite einen Sieg, einen moralischen Machtzuwachs der arbeitenden Klassen. Diese doppelte Wirkung läßt erkennen, daß die scheinbare Kreisbewegung in Wirklichkeit eine Schraubensbewegung ist, deren Richtung und Abschluß durch das Maximum möglicher Intensifikation und durch das Minimum gesellschaftlich nothwendiger Arbeitszeit gegeben ist. („Sozial. Centralblatt“.)

Sozialpolitische Rundschau.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei der drei Hamburger Wahlkreise haben beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsenthaltung zu feiern; durch Verhältnisse an der Enthaltung Behinderte sollen einen Theil ihres Arbeitsverdienstes an die Parteikasse einliefern. Der früher am ersten Sonntag im Mai veranstaltete Umzug findet nicht statt.

Auf Beschluß der Lübecker Parteigenossen erscheint vom heutigen Tage, als am 1. April, unter dem Titel „Lübecker Volksbote“ ein täglich erscheinender Kampfbogen. Wir heißen den neuen Kampfer für die Rechte des arbeitenden Volkes herzlich willkommen.

Neues Strafgesetz. Mit dem 1. April tritt eine neue Bestimmung des Strafgesetzbuches in Kraft, nach welcher solche Familienväter strafrechtlich verfolgt werden können, die in der Lage sind, ihren Angehörigen den nothwendigen Unterhalt zu gewähren, es aber vorziehen, den Verdienst für sich zu behalten und die Familie der Armenverwaltung zu überlassen. Die Armenverwaltungen werden, wozu sie von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ besonders aufgefordert werden, ohne Zweifel mit aller Schärfe gegen die Ehemänner und Väter vorgehen, insofern diese der an sie zunächst ergehenden Aufforderung zur Verjorgung ihrer Angehörigen nicht nachkommen.

Sicherung der Bauhandwerker-Forderungen im Konkurse. Bei Erörterung der im Reichstage zur Berathung stehenden Anträge auf Abänderung der Konkursordnung ist auch dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß den Bauhandwerkern eine größere Sicherheit gegen die mannigfachen Verluste gewährt werde, welche sie heutigen Tages bei vielen Bauten erleiden, und zwar ist die Anregung wieder aufgenommen worden, ob nicht in den Konkursen, zu deren Masse Häuser gehören, den Bauhandwerkern wegen dessen, was sie in die Häuser hineingesteckt haben, womit sie also die Masse bereichern haben, und soweit dies geschehen, ein Vorrecht eingeräumt werden könnte. Dagegen wird hierzu geschrieben: Ob sich dieser Gedanke thatsächlich verwirklichen lassen, bleibt abzuwarten. Jedenfalls liegen die Verhältnisse auf diesem Gebiete nicht so einfach, wie in manchen Kreisen angenommen wird. Wir erinnern nur daran, daß der Vortrag des preussischen Justizministers, in dem Bürgerlichen Gesetzbuch den Bauhandwerkern das Recht auf Eintragung einer Sicherungshypothek zu gewähren, anfangs auf die größten Schwierigkeiten gestoßen ist. Schließlich ist in das Bürgerliche Gesetzbuch die Bestimmung aufgenommen, wonach ein Bauhandwerker, wenn er für geleistete Arbeiten oder Auslagen etwas zu fordern hat und von dem Bauherrn freiwillige Bezahlung oder Sicherstellung nicht zu erlangen vermag, auch wenn die Forderung nach dem Inhalt des Wertvertrages noch nicht fällig ist, bei dem Prozeßrichter den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragen kann, durch welche ihm gestattet wird, wegen seiner Forderung eine Vormerkung in das Grundbuch des dem Bauherrn gehörigen Baugrundstückes eintragen zu lassen. Zu diesem Behufe hat er nichts weiter nöthig, als den Betrag seiner Forderung glaubhaft zu machen. Er braucht nicht mehr glaubhaft zu machen, daß seine Forderung gefahrlos ist. In dieser Weise ist die künftige gesetzliche Regelung der Angelegenheit gedacht, und es ist nicht wahrscheinlich, daß sich darüber hinaus wird etwas erreichen lassen. Jedenfalls sollte man aber die Abhilfe für die Bauhandwerker nicht allein auf gesetzlichen Wege suchen. Es ist bekannt, daß die Bauhandwerker in großen Städten sich förmlich drängen, wenn es sich um Uebernahme umfangreicher Bauarbeiten handelt und daß sie dabei sehr wenig nach der Kreditwürdigkeit und den sonstigen Verhältnissen ihrer Auftraggeber fragen. Ein großer Theil der Verluste kann sicherlich vermieden werden, wenn größere Aufmerksamkeit angewendet wird und die Konkurrenz solcher wird. Hier können die Bauhandwerker selbst eingreifen und werden es wohl auch müssen, wenn ihnen dauernd geholfen sein soll.

Der deutsch-russische Handelsvertrag ist nun doch, trotz der Agitation der Agrarier, mit großer Majorität angenommen worden und bereits am 20. März, Morgens 8 Uhr, in Kraft getreten. In einer besonderen Abhandlung werden wir auf den Vertrag selbst noch zurückkommen.

„Gleiches Recht“ in Mecklenburg. Das mecklenburgische Ministerium des Innern hat die auf dem „freiwirtschaftlichen“ Parteitag in Güstrow (Bacter Bachside) jüngst beschlossene Abänderung des Statuts und des Programms des Landeswahlvereins in Gnaden genehmigt und zugleich auf Ansuchen den Verein von der Einreichung des Mitgliederzeichnisses bis auf Weiteres unter der Bedingung dispensirt, daß in jedem Jahr bis zum 15. Juli dem Ministerium ein Verzeichniß der Vorstände des Landeswahlvereins wie der gebildeten Kreis- und Ortsvereine mitgetheilt wird. Dem Bund der Landwirthe sind bekanntlich jüngst ähnliche Vergünstigungen gewährt worden. Die Sozialdemokraten aber müssen sich mit der Rechtslosigkeit abfinden.

Einen recht vernünftigen Beschluß faßte der Ausschuß der hantschischen Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung. Der Direktor, Herr Gebhard, verbreitete sich in einem ausführlichen Referat über den Antrag: „Errichtung einer Heilstätte für Lungenkranke“, welche zum Kreise der bei der hantschischen Versicherungsanstalt versicherten Personen gehören. Daß der Antrag zweckdienlich und dringlich ist, geht daraus hervor, daß im Bereiche der Anstalt ein großer Prozentsatz der Versicherten an Lungenkrankheiten stirbt. Allein in Lübeck sind in den letzten zehn

Jahren 110 Personen, die der Versicherungsanstalt angehörten, an Lungenschwindsucht gestorben. Auffällig ist, daß unter den drei Hansestädten Bremen, alwo die günstigsten Wohnungsverhältnisse herrschen, die größte Zahl der an Tuberkulose Verstorbenen zählt. Nach Ermittlungen des Reichsversicherungsamtes ist festgestellt, daß in Städten von über 50 000 Einwohnern 13 Prozent aller Verstorbenen der Lungenschwindsucht zum Opfer gefallen sind. 25 Prozent derjenigen, die die Invalidenrente beziehen, sind durch Lungentuberkulose zu Invaliden geworden. Falls in Deutschland Heilanstalten für unbemittelte Lungentranke in genügender Zahl und an geeigneten Orten errichtet würden, könnten der Familie, dem Staate jährlich 80 000 Menschen erhalten werden. Am Schluß eingehender Besprechung wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Der Ausschuß möge der Errichtung einer Heilanstalt für Brustkranke in einer Größe für 80—100 Kranke an einem geeigneten Punkte des Harzgebirges seitens der Hanseatischen Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung und der Verwendung von Anstaltsmitteln zu diesem Zwecke bis zum Betrage von M. 275 000 zustimmen.“

Eine weitere Verschlechterung unseres mehr als mangelhaften Arbeiterschutzes verlangen eine Anzahl westpreussischer Handelskammern.

Der „Königschen Zeitung“ zufolge haben sie den Handelsminister gebeten, zu veranlassen, daß die zu § 138 a der Reichs-Gewerbeordnung erlassene preussische Ausführungs-Berordnung aufgehoben und durch diejenigen Bestimmungen ersetzt werde, welche die sächsische Regierung unter dem 28. März 1892 erlassen hat. Es handelt sich um die ausnahmsweise zu gestattende Beschäftigung von weiblichen Arbeitern bis zu 13 Stunden täglich in Fällen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit. Das rheinische Blatt erläutert diese Bitte dahin: „Während die sächsische Verfügung einfach vorschreibt, daß Anträge auf Ueberarbeit befugter Art bei der unteren Verwaltungsbehörde anzubringen sind, enthält die preussische Verordnung lange und äußerst verwickelte Auseinandersetzungen darüber, in welchen Fällen von der Verwaltungsbehörde die erbetene Erlaubnis zu Ueberarbeit erteilt oder verweigert werden soll. Unter Anderem soll als Grund der Befreiung von Ueberarbeit die Befreiung unverzichtbarer Beschäftigungen dann angesehen werden, wenn diese nicht wohl von Anderen befriedigt werden können, eine Anschauung, die mit der bestehenden Produktionsweise völlig unvereinbar erscheint und jeden Sporn des Selbstinteresses und den Wettbewerb als wichtige Faktoren des Wirtschaftslebens in unbegreiflicher Weise verkennt.“

Wenn man nach dem Wunsche der Handelskammern unser Arbeiterschutzes zurückdrängen wollte, so bliebe bald außer dem Arbeitertrug garnichts mehr übrig. Jedes Zugeständnis an den Kapitalismus wird zu weiteren Forderungen reizen, deshalb muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß dieses an sich schon unverschämte Verlangen abgewiesen werde. Wenn schon Ausnahmbestimmungen zugelassen sind, so liegt es doch in ihrem Wesen, daß möglichst selten von ihnen Gebrauch gemacht wird. Nun sollen sie aber nach dem Wunsche der Handelskammern möglichst oft angewandt werden. Dagegen ist im Interesse der betroffenen Frauen und der Weiterbildung des Arbeiterschutzes aufs Lebhafteste Einspruch zu erheben.

Auf Grund des § 75a des Krankenversicherungs-Gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 ist folgenden Krankenkassen:

1. der Kranken- und Begräbniskasse des Gewerbevereins der deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter (E. S.) in Berlin,
2. der Kranken- und Begräbniskasse des Gewerbevereins deutscher Konditoren, Bäckereiführer und verwandter Berufsgenossen (E. S.) in Magdeburg,
3. der Krankenkasse der vereinigten Maurergesellen für Wandsebel und Umgehend (E. S.),
4. der Rationalen kaufmännischen Kranken- und Sterbekasse (E. S.) in Berlin

von Neuem die Versicherung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 76 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen.

Agriarier und Arbeiterfreundlichkeit? Das Unglücksfälle in landwirtschaftlichen Betrieben an Dresch-, Mäh- und sonstigen Maschinen häufig vorkommen, dürfte als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, daß die Agriarier aber irgend welche Schritte getan haben, um die Arbeiter vor Unglücksfällen zu bewahren, indem sie die erforderlichen Schutzvorrichtungen an den Maschinen anbringen lassen, dürfte Wenigen bekannt sein. Die nachfolgende Mitteilung giebt darüber näheren Aufschluß.

Während von den gewerblichen Berufsgenossenschaften bereits 86 pSt. Unfallverhütungsvorschriften erlassen haben und für die nächste Zeit noch eine Vermehrung dieser Prozentzahl in Aussicht steht, will die Unfallverhütung in der Landwirtschaft immer noch nicht recht in Gang kommen. Man wird ja allerdings die Folgen abwarten müssen, welche die durch die Statistik des Reichs-Vericherungsamtes für das Jahr 1891 gegebene Anregung auf diesem Gebiete haben wird. Bisher hat beim Reichs-Vericherungsamte erst die dritte landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Unfallverhütungsvorschriften zur Prüfung eingereicht; bisher ist nur von zwei landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, der Anhaltischen und der Schwarzburg-Sondershäuserischen bekannt, daß sie solche Vorschriften erlassen haben.

Hungerlöhne, schlechte Behandlung und in jeder Gefahr Arme und Weine an landwirtschaftlichen Maschinen zu verlieren — und da wandern sich die Landjunker, wenn die Arbeiter in der Industrie Beschäftigung suchen oder den Staub von ihren Pantoffeln schütteln?

Entbehrungslohn. Die Hannov. Maschinenbau-Arbeiter-Gesellschaft zählte an die Aktionäre 17 pSt. Dividende; an die Herren vom Aufsichtsrath sind von dem Gewinne des letzten Geschäftsjahres außerdem noch insgesammt über M. 28 000, an die Herren vom Vorstand, also die Direktion, über M. 31 000 und die Meister und Beamten M. 15 000 ausgezahlt worden, und die Arbeiter, welche 2 Jahre ununterbrochen in der Fabrik beschäftigt sind, erhielten — einen in Steinbrud angefertigten 32 x 48 Zentimeter großen Karton im Werte von 20 S., auf dem die Betriebsverhältnisse nach der Kolonne (Kundens) abgebildet ist. Die Arbeiter sollen voller Nahrung sein über die Freigiebigkeit ihrer Arbeitgeber und sich mit der Abfuhr tragen,

eine Sammlung unter sich zu veranstalten zur Errichtung eines Denkmals, das die Inschrift tragen soll: „Unseren hochherzigen Arbeitgebern aus Dankbarkeit gewidmet.“

Die Mobilmachung der Postbeamten gegen die Sozialdemokratie hat in manchen Städten unseres Vaterlandes recht sonderbare Blüten gezeitigt. Hier in Hamburg haben die Herren „Unterbeamten“ mit ihrem entschulten Entschuldigungssturm entschieden Fiasko gemacht, speziell beim Postamt Einsbüttel, woselbst nur ein Einziger von 36 Beamten ein treuer Verehrer und „Maukreifer“ seines obersten Chefs war. Eine besonders komische Frucht der Entrüstung ist jedoch in Mannheim gereift. Dort ist bei den Post- und Telegraphen-Unterbeamten folgendes Schriftstück in Zirkulation gelegt worden:

„Erklärung. Wir sind keine Postkulis, keine Proletarier und Hungerleider, sondern Reichsbeamte, und fühlen uns als solche. Wir sind selbst in dem theuren Mannheim zufrieden mit unserer Lage und wollen mit den Sozialdemokraten nichts zu thun haben, am allerwenigsten von ihnen in Schutz genommen werden. Wer unzufrieden ist, trägt meistens selbst die Schuld. Wir bitten, dem Sozialdemokraten das Wort zu entziehen, wenn er unseren Stand wieder in den Schmutz zieht. Mannheim, den 8. März 1894. Die Unterbeamten der Postämter und des Telegraphenamts.“ (Folgt die Unterschriften.)

Wie die Fama sagt, soll das Schriftstück einem alten Depechenboten, der demnächst pensionirt werden soll, in die Feder diktiert worden sein. In den Kreisen der Beamten will man sich beschwerend über die Direktion wenden, weil man mit dem Schriftstück nicht einverstanden ist. Wer sollte wohl den Gedanken ausgeklügelt haben, daß den Sozialdemokraten das Wort entzogen werden müsse, wenn sie sich die Freiheit herausnehmen, die Mißstände im Postwesen zu geißeln? Es wäre zu wünschen, daß das Schriftstück an den Reichstag gelangte, vielleicht hätte es sich auf, wer das größte Interesse an dem oben gezeigten Herzen wunsche haben kann.

Das Manches faul im Staate — Stephan's zu sein scheint, beweist eine Petition einer Postbeamten-Witwe an Staatssekretär von Stephan, die im „Vorwärts“ veröffentlicht wird, worin die Witwe behauptet, daß sich ihr Mann nach 18jähriger treuer Dienstzeit den Tod gegeben habe, weil er den ihm zugemutheten überbürdeten Dienst nicht mehr habe ertragen können. Die Petition sagt u. A.:

„Mein Mann mußte von Morgens 5 1/2 Uhr bis nach 10 Uhr Abends stets auf dem Posten sein; selbst um die Mittagszeit war es ihm nicht vergönnt, sein Essen in Ruhe einzunehmen. Kam mein Mann um 1 Uhr nach Hause, so wurde das Essen in schleuniger Hast hinuntergerührt, dieweil um 1 1/2 Uhr sein Dienst bereits wieder anfing. Gegenüber diesem Uebelstande hatte ich mich oft entschlossen, meinem Manne das Essen nach dem Bahnpostamt 2 zu bringen. Die einzige freie Zeit war Dienstags und Sonntags Nachmittags von 1 1/2 Uhr bis zum Gasansteden, aber das Grundstück zu verlassen war ihm nicht gestattet, denn obwohl die Hauswirthin zum Postamt 46 gehört, war meinem Manne vom Oberpostsekretär Kaul befohlen worden, daß er doch hauswirth sei und deshalb das Grundstück nicht verlassen dürfe! Also die Arbeit wurde immer drückender und schwerer, und ich selbst mußte beim Schneefegen mithelfen, wofür ich keine Entschädigung erhalten habe. So kam es nun, daß mein Mann mit Arbeiten übermenschlich überhäuft war; sein einziger Wunsch und Gedanke war nur — etwas Ruhe, aber diese wurde ihm nicht gestattet.“

Die Frau hatte außerdem behauptet, daß für ihren Mann und dessen Arbeit zwei Nachfolger hätten eingestellt werden müssen. Warum ist diese Einrichtung nicht schon zu meines Mannes Lebzeiten getroffen worden? Dann wäre meinem Manne und uns viel bitteres Ungemach erspart geblieben und ich mit meinen armen Kindern brauchte nicht vor dem Druin und Bettelstab zu stehen, wodurch unser Leben für immer vergiftet ward.“

Was war die Antwort des Reichspostamts? Die aufgestellten Behauptungen seien nicht zutreffend, das ist Alles. Eine Widerlegung oder ein näheres Eingehen auf die einzelnen angeführten Punkte sucht man vergeblich.

Warum? Nun, Herr von Stephan wird wohl noch Antwort geben müssen, wir werden dann davon Notiz nehmen.

Eine rettende That hat sich in Dresden, der Hauptstadt des „gemüthlichen“ Sachsen, vollzogen. Im Anzeigertheil des „Dresdener Journal“ veröffentlicht die nichtsozialdemokratischen Mitglieder beider Ständekammern mit verschwindenden Ausnahmen eine unterzeichnetlich vollzogene Erklärung, in welcher das Zusammengehen der staatsbehaltenden Parteien auch außerhalb des Landtages auf das Dringende erklärtermaßen wird und in welcher die Unterzeichner ihren Willen kundgeben, für ein gemeinsames Vorgehen gegenüber der Sozialdemokratie insbesondere bei öffentlichen Wahlen mit Entschiedenheit wirken zu wollen. Das „Dresdener Journal“ theilt ferner mit, daß aus den Ordnungsparteien der Zweiten Ständekammer heraus sich ein Seniorenkonvent gebildet hat, dessen Aufgabe es ist, nicht nur während der Tagung des Landtages, sondern auch in der Zeit zwischen den Tagungen das Zusammengehen der staatsbehaltenden Parteien möglichst zu fördern, Freizügigkeiten zwischen denselben möglichst auszugleichen und hierdurch ein geselltes Vorgehen gegen die sozialdemokratische Partei zu ermöglichen. In den Seniorenkonvent sind gewählt worden: von der konservativen Partei vier und von der nationalliberalen, sowie von der Fortschrittspartei je zwei Mitglieder. Nun ist's aber „aus und alle“ mit der Sozialdemokratie innerhalb der grünweißen Grenzschle.

Diese Schlaumeier!

Ein Vorkiss seitens des Militärkommandos gegen den Befehl der sogenannten „Stumpfenburg“ in Gildburg-Hausen, Herzogthum Meiningen, ist verfaßt worden, weil derselbe kein Soldat zu einer sozialdemokratischen Versammlung herangezogen hatte. Es ist dies das erste Mal in genanntem Herzogthum, daß ein Soldat offiziell erkrankt wird, weil eine sozialdemokratische Versammlung darin abgehalten wurde. Ob die Sozialdemokratie und der Wirth nun zu Grunde gehen werden? Wir glauben nicht. Die Arbeiter werden sich dem Wirth gegenüber ihrer Pflicht bewußt sein, und nach wie vor um so eifriger für die Ziele der Sozialdemokratie streiten.

Bemerkenswerthe Submissionsbedingungen. Aus der „Baugewerks-Zeitung“ entnehmen wir loben folgendes:

„Altona. Der Neubau des Dienstgebäudes der königlichen Eisenbahn-Direktion wird demnächst in Angriff genommen werden, da schon zwischen dem 15. August und 15. September d. J. die Richtung des Daches erfolgen soll. Der Termin der Ablieferung ist auf den 1. Juni 1895 festgesetzt. Die Submissionsbedingungen enthalten auch Bestimmungen über den zu zahlenden Arbeitslohn. Darnach hat der Uebernehmer dem Volker 80 S., einem Gesellen 65 S., einem Arbeiter 45 S. und den Lehrlingen 40 S. pro Stunde zu zahlen.“ Diese Maßnahmen behördlicherseits sind jedenfalls zu begrüßen; hiermit wäre ja die Lohnforderung der Hamburg-Altonaer Maurer und Zimmerer bewilligt.

Ein wenig erbauliches Bild für die Bauhätigkeit des kommenden Sommers in Berlin, und das trifft auch für andere größere Orte zu, malt die „Baugewerks-Ztg“, indem sie schreibt: „Der solide Bauunternehmer wird bei den Bauausführungen immer seltener, die Bauten sind zum überwiegenden Theil in den Händen vermögensloser und technisch mangelhaft vorgebildeter Unternehmer. Diese erwerben meist ohne Anzahlung die Baustelle vom Terrärbesitzer. Der Kaufpreis wird zur ersten Stelle eingetragen. Dann kommen die Baugelbeintragungen. Die Forderungen der Bauhandwerker fallen deshalb bei eintretender Subhastation gewöhnlich aus. Da nun die Subhastationen sich stark mehren, so ist die Lage der Bauhandwerker verzweifelt schlecht und ein hoher Prozentsatz derselben kommt in Vermögensverfall. Man kann auch den Handwerkern bei Lage der Verhältnisse kaum den Vorwurf machen, daß sie leichtfertig bei Uebernahme der Arbeiten wären, denn es bleibt ihnen kaum eine Wahl. Entweder sie arbeiten für unsichere Unternehmer oder sie haben keine Arbeit. Die Aussichten auf lohnende Bauhätigkeit sind deshalb für das bevorstehende Baujahr auch nur geringe.“

Das Innungswesen verliert immer mehr an Bedeutung. Zu einer Versammlung sämtlicher Innungsmeister in Dortmund waren nur 30—40 Personen erschienen, obwohl dort 11 Innungen mit Hunderten von Mitgliedern bestehen. Es handelte sich um die Bescheidung des Handwerkerfestes in Berlin nach Ostern dieses Jahres. Dortmund wird auf ihm nicht vertreten sein, denn die Innungsbrüder gerietten sich bei der Abstimmung über die Frage: Bescheidung oder nicht? beratt in die Haare, daß der Vorsitzende die Versammlung schleunigst schließen mußte. Nur die den Innungen verliehenen Borrechte, die ein Innungsmeister drastisch als nicht auf legalem Wege, sondern durch „Spießbüberei“ erlangt bezeichnet, halten das wankende Innungsgebäude einstweilen noch nothdürftig zusammen.

Das Anwachsen der Sozialdemokratie treibt die Gegner allenthalben immer mehr dazu, den häßlichen Krieg bei Seite zu legen und sich zum gemeinsamen Kampf gegen den unerbittlichen Gegner aller Vorrechte zu vereinigen. Dies hat ein konservativer Redner im böhmischen Landtage offen ausgesprochen, indem er ausrief: „Das Ragen der Arbeiterbataillone ist bereits vernehmbar. Es ist an der Zeit, daß wir anfangen, uns aneinander zu schließen, um eventuell den heranrückenden rothen Bataillonen gewappnet und geeinigt entgegenzutreten. In nicht allzuferner Zeit werden sich angeichts des drohenden Nahens dieser rothen Bataillone die Parteiunterstützer der erhaltenden Elemente überbieten lassen und eine große Koalition wird alle jene umfassen, welche sich zur Verteidigung der gesellschaftlichen Ordnung berufen und verpflichtet fühlen, und alle jene, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen.“ — Die heutige absterbende Wirtschaftsordnung werden auch die vereinigten Interessenten so wenig verwirgen können, wie sie außer Stande sind, den schließlich endgültigen Sieg des Sozialismus zu verhindern.

Einen neuen Beweis dafür, daß die Industrie durch Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden nicht zu Grunde geht, liefert ein Bericht der Handels- und Gewerbekammer in Brunn; nach demselben erklärt der Leiter einer Spinnfabrik in Sattowitz (Mähren), daß ihre Wiener Niederlage seit Jahren in der Saison morsche für einige Beschäftigte verschlechterter Qualität die Arbeitszeit reduziert habe. In diesem Jahre, heißt es weiter, machte uns der Vorstand des Garammagazins darauf aufmerksam, daß trotz dieser Maßregel stets dieselbe Menge Garn ausgefertigt werden müsse. Eine genaue Untersuchung bestätigte zu unserer nicht geringen Ueberraschung, daß die beabsichtigte Mindererzeugung in der That illusorisch war. Es ergab sich, daß die von der Reduktion betroffenen Weber bei effektiv 7 1/2 stündiger Arbeitszeit (nominal 8 stündiger) durchschnittlich 18,20 Kreuzer, dagegen in der vorausgegangenen Zeitperiode, welche einen gleichen Zeitraum von einem halben Jahre umfaßte, bei effektiv 9 1/2 stündiger (nominal elfstündiger) Arbeitszeit nur 14,73 Kreuzer pro Stunde verdient hatten. Die Reduktion der täglichen Arbeitszeit um 2 1/2 Prozent war durch einen Mehrerwerb von 23 1/2 Prozent nahezu ausgeglichen. Dieser Mehrerwerb bedeutet aber, da nach dem Stück entlohnt wird, eine entsprechende Mehrproduktion. Die Qualität derselben unterschied sich nicht im Mindesten von jener der geringeren Produktion.“ Und weiter heißt es: „Wir reduzieren infolge dieser Erfahrungen einmüthig probeweise die Arbeitszeit sämtlicher Weber auf die sonst nur in der Saison morsche gebräuchliche Stundenzahl, was für uns eine nicht unbedeutende Ersparnis an Betriebskosten, für die Leute aber außer mehr Ruhestunden auch kürzere Nacharbeit, also direkte Ruhestunden mit sich bringt.“

Die Maßregelung von Arbeitervertretern ist in Frankreich ebenso im Schwange wie anderswo. So wird der „Politzig“ aus Carmaux gemeldet, daß durch eine Verfügung des Präfekten der Bergmann Calvignac, der Bürgermeister von Carmaux, von der Ausübung seines bürgermeisterlichen Amtes suspendirt worden ist. Dieser Beamte wohnte als Delegirt der internationalen Bergarbeiter-Kongresse in Paris, London, Brüssel bei, und er glaubt (und wohl mit Recht), daß er infolge des geheimen Grobks der Zentralbehörde gemüßregelt worden sei. Diese Maßregel hat unter der Bergarbeiter-Bewanderung von Carmaux sehr viel Aufsehen erregt, und es wird berichtet, daß der Gemeinderath im Begriff steht, seine Entlassung einzufordern und sich einer Wiederwahl zu unterwerfen.

Ganz demselben arbeiterfeindlichen Geiste geboren ist eine andere Maßregel, die freilich für den Betroffenen keine Strafe sondern eine Belohnung ist. Der Richter von Carmaux der während des Kongresses ausgesprochen für alle Dinge gab den Arbeitervertretern aufzulösen, und der Regierung Nachrichten zukommen ließ, worin er die Mittel angab, um die Arbeiter-

Organisation zu zerstören, ist kürzlich befördert worden. Er wurde zum Staatsanwalt ernannt mit einer wesentlichen Gehaltserhöhung. Die demokratischen Zeitungen tabeln diese Ernennung und erklären, daß dieser Beamte jetzt für die Thaten belohnt wird, die er gegen die Kohlengräber verrichtete. Er leitete den Kohlengeleitzug willkommene Dienste und verfügte die Verhaftungen der Bergarbeiter-Führer. Da entspricht es ganz den kapitalistischen Neigungen der Regierungen, solchen Verdienste auch die Anerkennung zu verschaffen.

Aus Holland. Ein Organ für die politische Aktion wird von unserem holländischen Parteigenossen van Kol ausgegeben werden. Die Gründung des Blattes, das den Namen „De Social-Demokraat“ führen wird, soll nur ein vorläufiger Schritt sein. Die jetzige Redaktion und Administration halten ihre Aufgabe für beendet, sobald eine Organisation von Anhängern der politischen Aktion da sein wird. Diese soll dann das weitere Schicksal des Blattes bestimmen.

Hunger und Unternehmervorwitz. Das Syndikat „De Biers Diamond Mining Company“ in Antwerpen und Amsterdam hat nach dem letzten Jahresbericht in 1893 einen Gewinn von M. 154 409 500 erzielt. In den 5 1/2 Jahren seit seiner Gründung hat das Syndikat 106 Prozent seines Stammkapitals ausbezahlt. Von den 16 000 beschäftigten Diamantfeilehauern waren 12 000 monatelang beschäftigungslos, wodurch die Noth und das Elend riesige Dimensionen angenommen hatten.

Auf einer Seite Hunger und Elend, auf der anderen Seite Börserei und Verschwendung, so will es die göttliche Weltordnung.

Die 48stündige Arbeitswoche in England. Der Joint-Lord der Admiralty, Robertson, kündigte im Unterhaus den Beschluß der Regierung an, die 48stündige Arbeitswoche in den Marinewerftstätten einzuführen.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. R.)

Der Bezug von Lischlern ist von Wilhelmshaven, Strassweiler in Bayern und Reustadt a. d. Orla fernzuhalten.

Hof a. d. Saale. Am 3. März fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Hoffmann über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter referierte. Kollege schilderte in einem einständigen Vortrage die Produktionsweise in grauer Vorzeit, wo jeder Mensch sein Theil erarbeiten mußte, und kam dann auf die Fünfte des Mittelalters zu sprechen; er führte an, daß die Fünfte von damals revolutionär waren, wenn es galt, ihre Rechte zu verteidigen, wogegen die heutigen Fünften jeder Regel befehligen, wenn es nur gegen die Lohnarbeiter geht. Durch die Entdeckung fremder Erbsitze verkehrte sich der Handelsstand rapid; man konnte nicht mehr so viel produzieren als verbraucht wurde, es entstand dadurch die Raubwirtschaft. Während am früher Meister und Geselle in voller Eintracht lebten und ängstlich darüber wachten, daß Niemand in's Handwerk pfändete, tritt heute sehr oft der ungelernete Arbeiter an dessen Stelle und gar mancher tüchtige Meister geht wieder bei seinen ehemaligen Kondarrenten als Lohnarbeiter in Verdienst. Kollege führte dann die planlose Produktionsweise der heutigen Gesellschaft an; durch die technischen Vollkommenheiten der Maschine werden immer mehr und mehr Arbeiter auf die Landstraße geworfen und dadurch zu Lohnarbeitern gemacht, harrn sie es nicht und Schuldigkeit eines jeden Arbeiters, seiner Organisation beizutreten, denn der Hauptzweck des Verbandes ist ja der Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft. Die Organisation hat ferner die Pflicht, für Vertikung der Arbeiter einzutreten, nur dadurch könnte der massenhaften Arbeitslosigkeit ein Ziel gesetzt werden. Mit der Aufforderung an die anwesenden Holzarbeiter, Alle dem Verbands beizutreten, schloß Kollege seinen Vortrag, der lebhaften Beifall hervorrief. Kollege äußerte belustigt nochmals Zweck und Ziele des Verbandes, denn nur durch diesen Bundt man im Stande sein, günstigere Arbeitsbedingungen hier am Plage zu erzielen, die auch wünschenswerth wären, denn unsere Lage hier ist nicht gerade beneidenswert; er forderte die Kollegen auf, rage für den Verband zu agitieren, jede persönliche Straintigkeit zu unterlassen, denn nur Einigkeit mache stark. Er führte an, daß die hier bestehenden Arbeitervereine (Vereinigungsvereine) seit ihrem Bestehen noch gar nicht zur Besserung unserer Lage gethan haben, auch in alle Ewigkeit nichts thun werden; er forderte die Mitglieder dieser Vereine auf, dem Verbands beizutreten. Es entstand dadurch eine heftige Debatte, an der sich Genosse Schiller, Redaktor unseres hiesigen Arbeiterblattes, beteiligte. Kollege kritisierte scharf diese Lohnvereine, und kam auch auf den hier bestehenden evangelischen Arbeiterverein zu sprechen. Der nachhabende Beamte sah sich aber dadurch veranlaßt, den Versammelten aufzureden, der Redner zur Tagesordnung zu rufen, welches uns ganz spanisch vorkam, Kollege ließ sich aber dadurch wenig irritieren und forderte zum Schluß seiner Rede die Genossen auf, sich dem Verbands beizutreten und sich ihrer Organisation anzuschließen. Kollege (?) Berner, Vorstand vom Lischlerverein Hof I, machte durch einige Worte seinen Beifall zu verstehen; er führte an, daß er früher auch einmal organisiert war doch wegen persönlichen Habens anderswo sei. Ein junger Mann, jedes Markensende und vernünftiger Mensch sagt sich, was kann die ganze Bläse dafür, wenn nicht ein Kapitalist bedingt hat? Zum Schluß seiner großen Rede führte er noch an, die regelmäßigen Kollegen sind auch nicht besser wie wir, wofür er über auch reichen Beifall erntete, aber das bei seinen Anhängern. Der Vortragende erwiderte nochmals in seinem Schlußwort die Einwände zu unterlassen, denn es ist doch nicht zum Nutzen der Arbeiter. Mit einem dankbaren Hoch auf den Vorsitzenden Holzarbeiter-Verband schloß er die gut besuchte Versammlung. — Nach der Versammlung besah sich drei Kollegen annehmbar, so daß unsere Mitgliederzahl 33 betrug, von 140 hier arbeitenden Holzarbeitern. Wir hoffen aber mit Zuversicht, die noch Ausstehenden bald in unserer Mitte zu sehen, denn das Nachbarnungsgefühl der Arbeiter hier am Plage ist ganz unerschütterlich, daß die Kollegen zur Einheit kommen.

Am 21. März hielt unsere Zahlstelle eine sehr gut besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: „Der Streik der Arbeiter in der Möbelfabrik von Polster & Fichtner“ in Das Referat übernahm Kollege Rausch,

welcher in trefflichen Worten die Verhältnisse der Firma sachlich darlegte, indem er hauptsächlich die Lohnunterschiede, welche seit ungefähr drei Wochen vorliefen und denen es zuzuschreiben ist, daß der Streik ausbrach, in Erwägung zog. Redner führte an, daß bei den Tischlern bis vor kurzem der Lohnburchschnittsverdienst M. 12,50 pro Woche war. Seit drei Wochen ist von der Firma die Abforderung eingeführt, und wurden für einzelne Stücke folgende Preise festgesetzt: Für einen journirten hochfeinen Schreibsekretär M. 30, für eine dreifache Kommode mit Fries journirt M. 7, für einen ovalen Tisch journirt M. 4, für einen feinen harten altheutischen Tisch mit zusammengeklammerter Ahornplatte M. 8. Die Stuhlbauer erhielten früher für ein Duzend Walzenstühle M. 15, jetzt nur noch M. 11. Man könnte noch Mehreres anführen, doch wird dies genügen, um die Kollegen zu überzeugen, daß unser stattfindender Abwehrstreik ein gerechter ist. Denn so mancher verheiratete Kollege wäre unter solchen Umständen mit M. 10—11 zu Hause geschickt worden. Was die Behandlung anbetrifft, so können wir konstatieren, daß die Herren der betr. Firma schon Gehälfen geschlagen und zuletzt die Treppe hinunter geworfen haben. Titulaturen, wie Sauterle und Lumben sind bei den Herren billig wie Brombeeren. An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen, welche in scharfen Worten die Mißstände bei Polster & Fichtner geißelten und das Geschäftsbahnen dieser Firma der Versammlung zur Beurtheilung vorlegten. Die Versammlung, in welcher auch viele unserer Meister anwesend waren, verdammt einstimmig das Vorgehen der Herren Polster & Fichtner und nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die heute stattfindende Holzarbeiterversammlung erkennt den Streik der Arbeiter der Polster & Fichtner'schen Möbelfabrik als gerechtfertigt an, und wird denselben nach Möglichkeit unterstützen.“ Nachdem noch Herr Redaktor die Streikenden ermahnte, sich immer auf geistlichem Wege zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Roda. Unsere Mitgliederzahl am Ort beträgt 30; wir hoffen jedoch, daß sich die Zahl baldigst vermehren wird. Bezüglich der Beiträge an die Agitationskommission wurde beschlossen, pro Mitglied und Quartal 10 $\frac{1}{2}$ Ertrabeitrag zu zahlen. (Aum. d. Red. Das Angeführte, den Kollegen B. betr., haben wir weggelassen, es scheint uns, als ob die Angelegenheit für den Verband gerade nicht förderlich wäre. Wir sind aber nicht abgeneigt, falls er seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, ihn daran zu erinnern.)

Wittenburg. Den Kollegen zur Nachricht, daß hier am 4. März eine Zahlstelle gegründet wurde. Als Vertrauensmann wurde Max Weden gewählt. Unsere Herberge und Verkehrslokal befinden sich bei W. Waldmann, Töpferstr. Wenngleich erst 16 Mitglieder beigetreten sind, hoffen wir doch, daß diese Zahl sich trotz der Gegenagitation des hiesigen Gesellenvereins bald vermehren wird. Wir werden thun was in unseren Kräften steht, auch die Mitglieder resp. Kollegen des genannten Vereins zum Beitritt in die Zahlstelle zu bewegen, denn nur dann wird es möglich sein, bessere Zustände hier zu schaffen; daß diese der Abhilfe bedürfen, sollte auch der Gesellenverein einsehen, und, anstatt gegen uns zu agitieren, mit uns Hand in Hand gehen, Schulter an Schulter für eine bessere Existenz mit uns zu kämpfen. Das ist Pflicht aller Kollegen. Darum „Vorwärts“ sei unsere Losung.

Okerode a. S. Auch in unserem kleinen Harzstädtchen war kürzlich ein uns betreffender Streik ausgebrochen. Es haben sich hier nämlich die Zimmerer dem Holzarbeiterverbande angeschlossen und diesen sollte bei zwei Feiern der Wochenlohn von M. 15 auf M. 13,50 herabgesetzt werden. Ein dritter Arbeiter schloß sich diesem nicht an. Da sich die Zimmerer diese Lohnreduktion nicht wollten gefallen lassen, beschloffen sie den Streik, der auch vom Vorstande genehmigt wurde, und traten am 12. d. M. 15 Mann des Meisters Rohmann in denselben ein, während auf dem anderen Plage erst gekündigt werden mußte. Dieser Arbeitgeber (Reule) erklärte jedoch, bevor die Kündigung abgelaufen war, daß er den alten Lohn weiter zahlen wolle, so daß hier die Arbeitseinstellung unterblieb. Am 17. beschloß dann eine Versammlung, eine Kommission zu wählen, welche mit Rohmann unterhandeln sollte, da man wußte, daß dieser zum Nachgeben bereit sei. Diese Kommission begab sich auch am selben Abend dahin und erhielt denn auch das Zugeständniß, daß die Lohnkürzung nicht eintreten sollte. Der Arbeitgeber hatte sich sogar bereit erklärt, seinen Leuten eine Vergütung für die Woche, die sie streikten, zu zahlen. Damit war also auch hier die Sache geschlichtet, so daß der vom Vorstande am 18. März hierhergeschickte Kollege aus Hannover, welcher eine Unterredung dieser Angelegenheit und möglichst eine Regelung herbeiführen sollte, garnicht in Wirksamkeit zu treten brauchte. Derselbe benutzte die Zeit seines Hierseins, um den Kollegen in einer privaten Zusammenkunft (da eine Versammlung für diesen Tag nicht angemeldet war) klarzulegen, daß sie aus, da sie durch die Organisation in so kurzer Zeit zum Siege gelangt seien, verpflichtet sind, mit allen Kräften für deren Ausbreitung Sorge zu tragen. Der Geist der Einmüthigkeit und Zusammengehörigkeit, der die Leute befeuerte, war während der ganzen Bewegung ein guter. Es gehören der hiesigen Zahlstelle 3. 16 Tischler und 50 Zimmerer an; es dürfen nun aber auch wohl die wenigen dem Verbands noch nicht angehörnden Tischler demselben beitreten, da diesen der Nutzen der Organisation durch den hiesigen Streik doch wohl einleuchten muß. In nächster Zeit soll eine öffentliche Handwerkerversammlung stattfinden, um hierdurch für Ausbreitung unserer Ideen zu sorgen. Die Generalversammlung behufs Wahl der Ortsverwaltung (s. 3. haben wir nur einen Vertrauensmann) soll am 31. März stattfinden.

Lübeck. Wenn wir die Spalten dieses Blattes zu Ansehen nehmen, so geschieht dies, um den auswärtigen Kollegen ein Bild von dem Stande der Organisation zu geben und um zu zeigen, daß auch hier Manches „im Staate Dänemark“ noch fehlt. Zum größten Theile liegt dies nur an der Lachheit der Mitglieder und theilweise an dem Individualismus der in dem Holzarbeiterverbande vereinigten Berufe. Wir hatten hier bekanntlich im Jahre 1889 den Streik der Tischler, welcher 22 Wochen dauerte und etwas über M. 10 000 kostete. Die Forderungen der Tischler wurden nach Beendigung der Lohnbewegung wenn auch nicht bewilligt so doch fastschweigend bezahlt. Eine nützliche Ausnahme machte nur die Firma Wasserstradt, später Gebr. Wasserstradt. Die Praktiken dieser Herren wollen wir den Kollegen zunächst kurz vorführen. Nach dem Streik war hier der Geschäftsgang ein flotter zu nennen und waren die Herren ganz bereit, ein Schlichtend. welches den von uns angelegten Lohn von 34 $\frac{1}{2}$ pro Stunde hätte, zu unterzeichnen, denn sie sahen in der Klemme. Längst jedoch hat sich dies geändert. Zunächst versuchten sie unseren Arbeits-

nachweis dadurch illusorisch zu machen, daß sie am Orte durch die Zeitungen Arbeitskräfte suchten. Auf eine Klarstellung von den Umständen in dem betreffenden Geschäft unterblieb es, doch die Geschäftsinhaber versuchten nun, von auswärtig Arbeitskräfte heranzuziehen. Zunächst kam Hamburg in Betracht. Da auch mit diesen Arbeitern Streit entstand und seitens eines Arbeiters der Ausspruch fiel: „Er würde dafür sorgen, daß von dort keiner wieder käme“, antwortete der Arbeitgeber triumphirend: „Mein Bruder war schon nach Berlin und wir bekommen von dort welche“, wobei er eine Postkarte zeigte. So hat denn auch die betreffende Firma von Berlin Arbeitskräfte erhalten, welche hier in genügender Zahl auf dem Platze liegen, wie auch folgende Statistik des Arbeitsnachweises der Tischler, jezt Holzarbeiter, beweist. Es waren arbeitslos:

vom 1. Jan. bis 31. März 1891	129	Tischler	1386	Tage
1. April	30	Juni	223	1826
1. Juli	30	Sept.	212	1468
1. Okt.	31	Dez.	140	1611
1. Jan.	31	März 1892	127	1684
1. April	30	Juni	211	1830
1. Juli	30	Sept.	138	1144
1. Okt.	31	Dez.	123	1939
1. Jan.	31	März 1893	136	3066
1. April	30	Juni	182	2564
1. Juli	30	Sept.	210	1346
1. Okt.	31	Dez.	208	2875

Wenn diese Statistik auch keinen Anspruch auf Vollkommenheit machen kann, so zeigt sie doch das Unhaltbare unserer heutigen Produktionsweise. Das Bild würde um so trasser sein, wenn die Arbeiter begriffen hätten, daß wenn sie Zustände schaffen, auch deren Bedingungen zu erfüllen haben. Wenn dieselben dem Einzelnen auch un bequem erscheinen, so sind sie im Interesse der Gesamtheit doch nothwendig, weil man nie das einzelne Interesse, sondern das der Gesamtheit hochzuhalten hat. Nach Beendigung des Streiks ging man, wie auch vorher, an die Sammlung eines Fonds. Im Jahre 1890 wurde der Beitrag zu demselben auf 20 $\frac{1}{2}$ pro Woche festgesetzt und in demselben Jahre beschlossen, 50 pSt. der einlaufenden Gelder an die Zentralkassette abzuliefern, das Uebrige aber zur eigenen Verfügung am Orte zu behalten. Als dann im Jahre 1891 die Arbeitslosigkeit in auffälliger Weise zu Tage trat, führte man die Arbeitslosenunterstützung am Orte ein, weil man dadurch ein Mittel zur besseren Aufrechterhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erhielt. Die Arbeitslosenunterstützung betrug in den 3 Jahren M. 1708,05. An die Zentralkassette wurden M. 2966,44 gesandt, Unterstützung an freitrende Gewerkschaften M. 275, für andere Ausgaben M. 300. Es blieb ein Kassenbestand am 1. Januar 1894 von M. 1014,35. Wenn diese Summen auch ziemlich bedeutend sind, so entsprechen sie noch lange nicht den Erwartungen, weil nur zwei Drittel der Arbeiter thätlich ihren Verpflichtungen nachkommen. Wohl steht man, was durch schweren Kampf errungen ist, ein, es aber zu befestigen und einigermassen zu sichern, daran denkt man nicht. Der Hunger verdirbt den Besten und läßt ihn leicht zum Lohnrüder werden, und dann geht, was man als moralisch denkender Kollege zugeben verpflichtet war, doppelt verloren. Wenn man nun bedenkt, daß Derjenige, der seinen Verpflichtungen in den letzten 3 Jahren regelrecht nachgekommen ist, die Summe von M. 30 auf dem Opfertisch des kämpfenden Arbeiterstandes, um seine Menschenrechte zu wahren, niedergelegt hat und ein Drittel nicht, so muß man sagen, daß hier noch Manches zu wünschen übrig ist. Auf Grund der in obiger Statistik nachgewiesenen Arbeitslosigkeit eruchen wir alle Zahlstellen und Arbeitsnachweise, keine Arbeitskräfte nach hier zu senden, besonders warnen wir vor der oben angeführten Firma. Und Euch, Kollegen Lübeck, die ihr erntet, was Andere für Euch sän, rufen wir zu, thut um jezt an auch Eure Schuldigkeit, bezahlt die Beiträge zum Referatsfonds und benutzet unseren Arbeitsnachweis.

Entin. In Anbetracht der abzuhaltenden Konferenz verpflichten sich die Kollegen der Zahlstelle Entin, dieselbe durch einen Delegierten zu bescheiden, wünschen aber, daß die Konferenz in einer kleineren Stadt abgehalten werde. Es haben sich die hiesigen Kollegen darüber ausgesprochen, weil unsere Zahlstelle so ziemlich in der Mitte der Provinz liegt, mit dem Einverständnis der Kollegen anderer Zahlstellen die Konferenz in Entin abzuhalten, da uns hier ein gutes Lokal zur Verfügung steht, und bitten wir deshalb die auswärtigen Kollegen, dieses recht bald in ihren Versammlungen zu besprechen. Es ist hier noch viel zu thun, da eine ganze Anzahl Indifferenten uns gegenübersteht.

Spencade. Die hiesige Zahlstelle zählt jezt 30 Mitglieder, wir konnten jedoch erst am Montag, den 12. März, die erste Mitgliederversammlung in diesem Quartal abhalten, welche durch vorherige Einladung von 14 Mitgliedern besucht war, dagegen erschienen sonst nur fünf oder sechs Kollegen. In einigen Werkstätten, wo die zehnstündige Arbeitszeit ist, wird dieselbe von den Meistern gedroht wieder zu verlängern. Bei diesem Zusammenhalten ist es nicht möglich, unsere Verhältnisse zu verbessern. Wir ermahnen deshalb die Kollegen nochmals, unsere Versammlungen besser zu besuchen, da wir sonst unsere Lage nicht verbessern, sondern verschlechtern.

Sindorf. In der am 10. März stattgefundenen Mitgliederversammlung war von den eingeladenen Vorkämpfern leider Niemand erschienen. Da in letzter Zeit der Versammlungsbesuch etwas flauer war, eruchen wir die Kollegen, ihre Pflicht als Mitglieder nicht zu vernachlässigen, sie müssen nicht allein die Versammlungen regelmäßig besuchen, sie haben auch zu agitieren, daß die noch fernstehenden Kollegen dem Verbands beitreten. Beschlossen wurde noch, daß den Kollegen, welche dem Verbands mindestens zwei Monate angehört haben, ein Solalgehalt von 30 $\frac{1}{2}$ gegeben werden soll.

Göttingen. Fünf Jahre sind verflossen, als am 1. April 1889 in unserer schönen Rosenstadt am Leinestrome eine Anzahl Tischler zusammentraten, um über eine Besserung ihrer Lebenslage zu beraten. Herrichten doch hier, wo von der Blüthe der Nation Tausende nutzlos verschwendet und vergebend werden, im Tischlergewerbe überaus traurige Zustände. Ein Wochenverdienst von M. 10—14 bei elfstündiger Arbeitszeit war die Regel, hier, wo durch das Studentenium für Lebensbedürfnisse großstädtische Preise gefordert wurden. Gar mancher Familienvater hatte einen Lohn von M. 12, der noch dazu selten voll ausgezahlt wurde, sondern zum Theil erst beim Vierteljahrschluß dem Arbeiter eingehändigt wurde, während der Unternehmer so lange mit seinem Gelde wirtschaftete. Diesem aller Gerechtigkeit hoch sprechendem Zustande ein Ende zu machen, war die Absicht jener kleinen Schaar, die von dem ehelichen

Streben befeelt war, nicht nur sich, sondern allen ihren Kollegen wohlzutun. Man gründete eine Zahlstelle des Tischlerverbandes, die sich gut entwickelte und nach kaum Jahresfrist ihre Mitgliederzahl verdoppelte; jetzt, nachdem $\frac{2}{3}$ der Göttinger Tischler organisiert waren, machte man den ersten Vorstoß, indem an die Arbeitgeber das Verlangen gestellt wurde, vom 1. April 1890 die zehnstündige Arbeitszeit in allen Geschäften einzuführen, und siehe da! — ohne langes Parlamentieren erklärten sich sämtliche Unternehmer hierzu bereit, nachdem sie sich überzeugt, daß die Arbeiter ihnen geschlossen gegenüberstanden. Gleichzeitig wurde durch private Abmachungen erzielt, daß ein Durchschnittslohn von M. 15 gezahlt wurde. Dieser von uns errungene Sieg ließ die Herren jedoch nicht ruhig schlafen, sie mußten sich vor etwaigen Uebergriffen der Arbeiter schützen und gründeten einen „Tischler-Arbeitgeber-Verein“, weil es nicht gelingen wollte, alle störrischen Böcke in den Jnnungsstall zu bringen. Da sah man sich nun friedlich zusammen, „Jnnungsbrüder“ und „Böuhafen“, im Verein gegen die Arbeiter und gründeten zunächst einen Arbeitsnachweis auf der „Heimath“ als Gegenmaßregel gegen uns, ferner erhielt jeder um Arbeit Bittsuchende ein Geschehen, um die Fremden von unserer Herberge abzuhalten. Nun, unsere Fremden haben es auch erfahren und haben die Vereinskasse der Herren um manchen Groschen leichter gemacht, was ihnen ja nicht verdacht werden kann. Seit längerer Zeit hörte man nun nichts mehr vom Arbeitgeberverein, wahrscheinlich ist er den Weg alles Fleisches gewandelt und selig entschlafen, denn seit Kurzem macht eine andere Sache in unserer Stadt viel von sich reden: Vor einigen Wochen etablierte sich hier ein Beeridigungs-Institut „Wiedersehen“, als deren Inhaber sich mehrere Tischlermeister bekannt gaben; auffallend dabei ist, daß die Namen dieser Herren mit den Vorständen des Arbeitgeber-Vereins fast sam übereinstimmen, fast alle lehren wieder, die vorher zur Einigung gerufen hatten. Jetzt waren die übrigen Meister hierüber doch in Harnisch gerathen und erlassen fortwährend Anzeigen in den Zeitungen, daß auch sie Särge zu mäßigen Preisen liefern. Ein Streit, dem wir mit verchränkten Armen zuhören, ist entbrannt, indessen suchen wir, soweit es die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten, unsere Organisation auszubauen. Trotzdem es sich gezeigt hatte, daß ein geschlossenes Vorgehen in der Organisation Erfolge bringen kann, verloren wir im Laufe der Jahre doch viele Mitglieder, einestheils durch Verminderung der Arbeitsgelegenheit, da gegenwärtig zirka 60 Bänke leerstehen, andererseits durch Indifferentismus. Viele verheiratete Kollegen antworten uns, es hat für mich keinen Zweck, in die Fremde gehe ich nicht und werde ich am Orte arbeitslos, bekomme ich doch nichts! Allerdings kann eine Organisation keine Arbeitslosenunterstützung zahlen bei 15 $\frac{1}{2}$ Wochenbeitrag, und was würde einem Verheiratheten es nützen, wenn er bis zu M. 20 Unterstützung erhielte wie die Reisenden, es wäre für kaum 2 Wochen und dann ja doch vorüber, die Beiträge müßten bedeutend erhöht werden, und nun würden dieselben Kollegen sagen, es ist zu viel für mich. Hat sich unser Mitgliederbestand nun auch gegen früher vermindert, so ist doch das kleine Häufchen desto zielbewußter, Jeder weiß, daß eine Besserung nur durch geschlossenes Zusammenhalten erzielt werden kann und in diesem Gedanken arbeiten wir weiter. Von den übrigen Branchen des Holzarbeiter-Verbandes ist bis jetzt fast nichts zu berichten. Die Stellmacher sind hier mit vielleicht 12—15 Mann vertreten, jedoch sind bis jetzt alle Versuche gescheitert, jemand zu uns zu ziehen. Als Kollege Helbing-Düsseldorf vorigen Sommer hier einen Vortrag hielt, meinte einer dieser Herren sogar, ob S. auch Einer wäre, der auf allgemeine Kosten herrlich und in Freuden lebte. Drechsler sind hier nur 2, dagegen haben wir einige Drechsler in Wörten als Mitglieder. Bürstenmacher sind 3 hier, doch indifferent bis zum 3. Wir Tischler werden aber nicht erlahmen, ferner für Ausbreitung unserer Ideen zu streben zu unterem wie auch zum Wohle der gesamten Arbeiterklasse.

Burg b. Magdeburg. In unserer Mitgliederversammlung vom 10. März wurde über das von Seiten des Hauptvorstandes an die Zahlstellen gerichtete Schreiben diskutirt resp. Stellung genommen. Zur Begründung unserer vermeinten Stellung zogen wir in Betracht, daß bei einer flauen Geschäftszeit Angriffspreis nur in höchst seltenen Fällen gutzuheißen wären. Es wurde seitens eines Kollegen der Antrag gestellt, daß auch ein Bericht an die „Holzarbeiter-Zeitung“ einzulegen sei, worin die Lage der Holzarbeiter hier am Orte geschildert wird. Die Lage in Burg ist eine nicht gute zu nennen; schuld daran ist der Indifferentismus der Kollegen, denn von den 300—400, welche hier am Orte beschäftigt sind, gehören nur 68 dem Verbands an; das soll uns aber nicht abhalten, sondern nur aufzuheben, für die Interessen des Verbandes in bisheriger Weise weiter zu arbeiten; darum rufen wir Euch noch fernstehenden Kollegen zu: Tretet dem Verbands bei! Und Euch, Kollegen, welche dem Verbands angehören, rufen wir zu, nur fleißig und ungeschwächt für die Interessen des Verbandes zu agitiren; denn nur eine starke Organisation kann das leisten, was wir anstreben. Die Geschäftsfrage in Burg ist eine nicht gerade schlechte zu nennen, aber durch die vorherrschende lange Arbeitszeit und Sonntagarbeit sowie fortwährende Nachfrage nach Arbeit werden den Kollegen Preise angeboten, welche aller Beschreibung spotten.

Berlin. Die hiesige Zahlstelle hielt am 11. März eine Drechslerversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Stellungnahme zur Sektionsbildung der Drechsler im Holzarbeiterverbande. Der Referent, Kollege Doff, gab zunächst eine kleine Uebersicht über die frühere lokale Drechslervereinigung und besprach alsdann eingehend die Frage, ob eine Sektionsbildung mehr Vortheil bieten könnte, da die Versammlungen des Verbandes seitens der Drechsler zu schwach besucht werden. Er glaube durch Sektionsbildung mehr Interesse bei den Mitgliedern resp. den Indifferenten erwecken zu können. Der Korreferent, Kollege Wiedemann, gab zu, daß die gegebenen Erwartungen nicht eingetroffen sind seit Zusammenstoß des Verbandes. Dies liege aber nicht an der Verwaltung, sondern an den Kollegen selbst. Die Drechsler sind in derselben genügend vertreten und dürften nur Anträge gestellt werden um Branchenversammlungen zur Förderung der Organisation. Eine Sektionsbildung aber würde dem Verband mehr Schaden wie Nutzen bringen. In der darauf folgenden sehr lebhaften Diskussion sprachen sich die meisten Redner gegen Sektionsbildung aus. Inzwischen waren zwei Anträge eingegangen. Der erste lautet: „Die Versammlung der Drechsler erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Doff, einverstanden und nimmt für sich den Absatz 3 des § 22 in Anspruch, welcher den Mitgliedern einer besonderen Branche Sektionsbildung gestattet, und stellt an die Generalversammlung den Antrag, Sektionsbildung der Drechsler zu sanctioniren.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der zweite Antrag lautet: „Die Versammlung be-

schließt nach reiflicher Ueberlegung, die Sektionsbildung abzulehnen, jedoch wünscht dieselbe die Veranstaltung von Branchenversammlungen. Im Weiteren verpflichten sich die Anwesenden, soweit es in ihren Kräften steht, für den Holzarbeiterverband zu agitiren.“ Von diesem Antrag wurde der erste Theil mit großer Majorität, der zweite einstimmig angenommen.

Münden i. S. Am 4. März d. J. feierte unsere Zahlstelle ihr erstes Stiftungsfest. Zu diesem Feste war unser Kollege Brintmann aus Kassel erschienen, welcher einen guten Vortrag über den Zweck und Nutzen des Verbandes hielt, und wurden seine kernigen Worte, welche derselbe auch an die anwesenden Frauen, sowie die dem Verbands noch nicht angehörigen Kollegen richtete, mit großem Beifall aufgenommen. Am 1. März war es ein Jahr, daß sechs Mann die hiesige Zahlstelle gründeten, und haben wir es jetzt auf 21 Mitglieder gebracht. Es sind aber namentlich Kollegen, welche in anderen Zahlstellen bereits Mitglieder geworden waren, welche ein gut Theil mit dazu beitragen, die Zahlstelle hoch zu halten. Es sind hier am Orte ca. 200 Holzarbeiter, es ist also unsere Mitgliederzahl demgegenüber gering; dieses ist aber weniger den Kleinmeistern zuzuschreiben, denn diese leiden mit wenig Ausnahmen selbst unter dem Drucke des Großkapitals. Unsere Gegner sind hier die Holzfabriken. Halten wir z. B. eine öffentliche Holzarbeiterversammlung ab, wird den Arbeitern schon Tags vorher bekannt gemacht, wer die Versammlung besuche, hätte seine Entlassung zu gewärtigen. Passirt es, daß ein Verbandsmitglied in diesen Fabriken Arbeit erhält, wozu ihn in den meisten Fällen die äußerste Noth treibt, so steht ihm die Wahl: Entweder dem Verband entsagen, oder die Arbeit verlassen. Wie schon erwähnt, treibt einen einigermaßen etwas gelehrten Arbeiter nur die Noth dazu, dort Arbeit zu suchen, denn bei einem Lohn von M. 1,60 täglich, kann kein Verheiratheter eine Familie ernähren. Hier muß aber nun die Nachfeierabendarbeit nachhelfen; wo dann aus 10 Stunden 24 werden, ja es passiert auch, daß mal 36 Stunden inkl. Späulen gearbeitet wird. Die Methode ist namentlich in einer Fabrik Mode. Daß die Arbeiter dabei krank und elend werden, ist kein Wunder, ebenso, daß sich dieselben durch die Maschinen ihre Knochen zerschneiden lassen müssen. Warde doch vor nicht langer Zeit einem Arbeiter (gelernter Zimmermann) von der Kreisfrage der Oberschenkel durchschnitten, worauf alsbald der Tod eintrat, hierbei soll gerade die mangelhafte Schutzvorrichtung die Schuld tragen. Und was erhält die Wittwe? pro Monat M. 9. Meiner Ansicht nach nicht Dasjenige, was ihr zukommen müßte. (Wenn der durchschnittliche Arbeitsverdienst pro Jahr M. 600 beträgt, erhält die Wittwe des Verstorbenen 20 Prozent des Arbeitsverdienstes = M. 120 pro Monat. Für jedes hintergebliebene väterliche Kind sind 15 Prozent des Arbeitsverdienstes des Vaters seitens der Genossenschaft zu entrichten. Darnach ließe sich also die Höhe der Entschädigung berechnen. Nach Ihrer Aufstellung würde der Durchschnittsverdienst des Verunglückten noch nicht M. 600 betragen haben. Das Uebrige von Ihnen Erwähnte wollen Sie dem Vorstande unterbreiten. D. R.) Aber die Arbeiter sind viel mit schuld an ihrem Elend, anstatt sich etwas Geseßtes anzueignen, laufen dieselben zwecklos herum wie ein Kram nach, wo es nothwendiger wäre, daran zu denken, ihre Lage zu verbessern. Darum, Kollegen, thut doppelt Eure Schuldigkeit, scheue sich Niemand, immer wieder und bei jeder sich darbietenden Gelegenheit einige Worte an diese Indifferenten zu richten, sehe Jeder mit Stolz auf den Verband. Nur durch festes Zusammenhalten ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Wache nochmals darauf aufmerksam, die beschlossenen Zahlabende pünktlich zu besuchen und fleißig für Gewinnung neuer Mitglieder für unseren Verband zu agitiren.

Dresden. Eine am 13. März stattgefundene öffentliche Versammlung aller in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter beschäftigte sich mit der aufgenommenen Statistik und der Feier des ersten Mai. Das Ergebnis der Statistik ist wie folgt: Von 358 Werkstätten mit 3680 Arbeitern hatten sich 210 mit 2219 Gehülften, 68 Arbeiterinnen, 608 Hilfsarbeitern, 22 jugendlichen Arbeitern und 173 Lehrlingen beieiligt. 56 Geschäfte haben außerdem Maschinenbetrieb. Von 3680 ausgegebenen Personenfragebogen wurden nur 1604 eingeleiert, von denen auch nur 1480 brauchbar waren. Die Beteiligte der Kollegen der einzelnen Berufe ist wie folgt:

Berufe	Anzahl	Durchschnittsalter		Wöchentl. Durchschnittsverdienst		Zahl der organisierten Kollegen
		J.	M.	M.	ℳ	
Bürsten- und Pinselmacher	40	28	11	17	75	32
Drechsler	69	27	—	18	60	34
Zerlschneider	5	32	2	16	60	—
Stellmacher	58	27	11	18	57	22
Ristenmacher	30	21	1	18	12	15
Bautischler	254	32	—	18	9	98
Möbeltischler	136	28	8	18	—	43
Tischler auf Verschiedenes	422	30	8	19	28	111
Pianoortischler	309	37	9	21	45	44
Wohlbauischler	30	32	10	22	38	13
Putzformtischler	29	32	10	23	3	5
Tischler a. photogr. Apparate	89	33	—	20	34	23
Summa	1480	31	9	19	51	440

Der durchschnittliche Jahresverdienst beträgt M. 973 26. Verheirathet sind 922 Kollegen, ledig 558. Die Zahl der Kinder beträgt 1705, darunter 365 über 14 Jahre. In Accord arbeiten 994, in Lohn 438 Kollegen, 78 getheilt. Beim Meister Kost und Logis haben 9 Kollegen, wofür M. 7 pro Woche angerechnet sind. 1166 haben Strägigen, 202 haben 14tägigen Zehltag. Das Werkzeug müssen 206 Kollegen selbst halten und haben hierfür eine durchschnittliche Jahresausgabe von M. 9,15 angelegt. Kleimaterial haben 88 Kollegen selbst zu beschaffen und berechnen die Jahresausgabe mit M. 32, im Durchschnitt hierbei sind jedoch eingerechnet 13 Ristenmacher, welche für Nägel und Leim durchschnittlich M. 118,20 jährlich verausgaben. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 59 $\frac{1}{2}$ Stunden pro Woche. Nebenverwerb haben 67 Kollegen mit durchschnittlich M. 102 jährlichem Einkommen. In 264 Fällen trägt die Frau zum Erwerb mit je M. 179 Jahres Einkommen bei. 13 Kinder unter 14 Jahren verdienen je M. 31,54 jährlich, 36 über 14 Jahre je M. 188 26. Sonntagarbeit kam in 361 Fällen mit je 25 Stunden pro Person und Jahr vor, Ueberzeitarbeit in 380 Fällen mit

60 $\frac{1}{2}$ Stunden pro Mann und Jahr. Das durchschnittliche Einkommen hierfür beträgt M. 39,50 pro Kopf. Die Bezahlung der Ueberzeit war in 102 Fällen besser, in 115 Fällen ebenso und in 7 Fällen wurde nichts bezahlt. Krankheitsfälle kamen 450 vor mit durchschnittlich 30 Tagen pro Mann. 366 Kollegen waren je 33 Tage arbeitslos, 128 waren je 24 Tage auf der Reize. Unfälle an Maschinen kamen in 24 Geschäften 54 Fälle vor, im Gewerbe in 12 Geschäften 14 Fälle. Die Arbeitsunfähigkeit dauerte in 35 Fällen unter 4, in 19 Fällen 4—13 und in 4 Fällen über 13 Wochen. Sterbefälle sind 24, davon 13 an Schwindsucht im Alter von 20—45 Jahren. Betreffs der Wohnung haben 856 Verheirathete, welche je einen Mietzins von M. 224,98 zahlen, die Fragen beantwortet, 458 Ledige zahlen je M. 137; bei Ehelichen reduziert sich jedoch derselbe, indem in 206 Fällen Mieterthe stattfinde, welche den Betrag von M. 131 ergibt. Die Räume der Wohnungen bestehen aus insgesamt 1318 Stuben, 1212 Kammern, 836 Küchen. Vermietet sind 159 Stuben, 111 Kammern und 7 Küchen. Von den Wohnungen befinden sich 35 im Souterrain, 188 Parterre, 248 erste, 260 zweite, 276 dritte, 344 vierte Etage. Außerhalb der Stadt wohnen 209 Kollegen. Die Ausgaben für Nahrungsmittel betragen bei 903 Verheiratheten durchschnittlich M. 664,34, die für Lebensbedürfnisse M. 259,42. In der Debatte wurden namentlich die in der Nähmaschinenfabrik von Seidel & Naumann vorgekommenen Maßregelungen besprochen, ferner noch ein Kollege, Namens Rahner, wohnhaft in Cotta, welcher mit den ihm übergebenen Fragebogen Mißbrauch getrieben hatte, bekannt gegeben. Endlich wird noch Bericht über die durch Aufnahme der Statistik entstandenen Kosten erstattet; selbige belaufen sich auf M. 129,67. Bezüglich der Maifeier wird nach einem kurzen Referat und längerer Debatte folgende Resolution angenommen: „Die heute im „Trianon“ tagende öffentliche Holzarbeiter-Versammlung beschließt, sich der sozialdemokratischen Partei am 1. Mai voll und ganz anzuschließen und verpflichtet sich, mit allen Kräften für die Maifeier zu agitiren.“

Chemnitz. Es geht doch nichts über die „sächsischen Gemüthlichkeit“, namentlich über die bei verschiedenen sächsischen Behörden gebräuchliche. Dafür hat die hiesige Behörde einige neue Beweise erbracht, zunächst dadurch, daß sie die hiesige Parteioorganisation als einen Verein im Sinne des sächsischen Vereinsgesetzes betrachtete und den Vertrauensmann aufforderte, innerhalb vier Wochen Statuten sowie Mitgliederliste einzureichen. Hierzu sei bemerkt, daß die Parteioorganisation genau dieselbe ist, wie überall in Deutschland: das Vertrauensmännersystem. Ferner werden den Einberufern von öffentlichen Versammlungen allerlei Hindernisse in Bezug auf die Tagesordnung in den Weg gestellt, so wurde dem Kollegen R. Kaps, welcher eine öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes einberufen wollte, der erste und dritte Punkt der Tagesordnung nicht genehmigt, weil in diesen öffentlichen Angelegenheiten besprochen werden sollten, die Versammlung sei aber als eine Vereinsversammlung zu betrachten und dürften deshalb öffentlich Angelegenheiten nicht erörtert werden. Zum besseren Verständnis der Sache sei hier die Tagesordnung bekannt gegeben, sie lautet: 1. Die Nothstandsdebatte im deutschen Reichstage. 2. Bericht der Vertrauensleute und Neuwahl derselben. 3. Neuwahl des Vertreters zum Gewerkschaftskartell. Da nun alle Vorstellungen des Einberufers, daß von einem Vereine resp. Vereinsversammlung keine Rede sein könne, da kein solcher bestehe, erfolglos blieben, sah sich derselbe veranlaßt, den Namen der Versammlung zu ändern und einfach eine öffentliche Holzarbeiterversammlung mit obiger Tagesordnung einzuberufen. Kollege K. glaubte auf diese Weise die Klippe umsegeln zu können, hatte aber die Rechnung ohne die Behörde gemacht, denn jetzt beanstandete diese den zweiten Punkt: Bericht der Vertrauensleute u. w. Bei diesem Punkte handele es sich nur um Verbandsangelegenheiten, an welchen Nichtmitglieder kein Interesse haben könnten, folglich könne dieser Punkt in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung nicht besprochen werden. Auch hier scheiterten alle Versuche, die Behörde von ihrer Auffassung abzubringen und so konnte der zweite Punkt nicht erledigt werden. In Zukunft hat aber die Behörde nicht mehr nöthig, sich mit den Einberufern von öffentlichen Versammlungen wegen der Tagesordnung herumzustritten, denn sie hat herausgefunden, daß der Saal des „Schützenhauses“, das einzige größere Lokal, welches den Arbeitern zu Versammlungen zur Verfügung steht, nicht den baupolizeilichen Vorschriften entspricht, weil kein Rothausgang vorhanden ist. Es ist dem Birch eröffnet worden, daß in Zukunft, so lange kein Rothausgang vorhanden, keine öffentlichen Versammlungen in dem Lokale stattfinden dürften. Auch hier muß bemerkt werden, daß mehrere Jahre ohne Rothausgang Versammlungen dort stattfanden und auch nicht das Geringste passiert ist, was obige Verfügung als eine Nothwendigkeit erscheinen ließe. Es drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf: Was ist der Grund, daß die Behörde auf einmal so beorgt ist, daß den sozialdemokratischen Versammlungsbeisetzern kein U. glück zuführt und denselben in den öffentlichen Versammlungen keine unantastbaren Angelegenheiten vertragen werden. Der Grund ist wohl unzweifelhaft darin zu suchen, daß die hiesige Arbeiterbewegung in dem letztverflohenen Jahre an Tiefe bedeutend zugenommen hat. Noch vor nicht allzu langer Zeit herrschte hier noch eine gewisse Antipathie gegen die Gewerkschaften. Diese ist aber zum großen Theile überwunden, die überwiegende Zahl der aufgklärten Arbeiter hat die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erkannt. Infolgedessen sind die öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen immer gut besucht, wo früher 20 bis 30 Besucher anwesend waren, hat sich ihre Zahl vervielfacht. Von der Mitgliederzahl ist ziemlich dasselbe zu sagen. So waren Anfang 1893 etwa 100 Mitglieder des Tischlerverbandes hier zu zählen, die Mitgliederzahl des Holzarbeiter-Verbandes ist aber bereits über 300 gestiegen. Bei Eröffnung des Holzarbeiter-Verbandes traten demselben 135 Tischler und 13 Drechsler bei, welche zuvor ihrer Berufsorganisation angehört. Am Schlusse des Jahres 1893 zählte der Holzarbeiter-Verband 8 Bürstenmacher, 2 Bürster, 2 Drechsler, 6 Glaser, 2 Holzbildhauer, 1 Ristenmacher, 6 Stellmacher, 216 Tischler, 6 auf holzplätzen Beschäftigte und 3 Zimmerer zu seinen Mitgliedern. Das vom Holzarbeiter-Verband Gesagte gilt auch für andere Organisationen, namentlich für die der Metallarbeiter. Es ist daher leicht begreiflich, daß man von gewisser Seite beunruhigt ist, dem rapiden Answellen der Arbeiterbewegung Hindernisse in den Weg zu stellen, doch die Zeit wird zeigen, daß derartige Mittel nicht im Entferntesten im Stande sind, die Bewegung aufzuhalten. — Was nun das Verhältniß betrifft, in welchem sich die hiesigen Holzarbeiter zu ihren Arbeitgebern befinden, so ist davon dasselbe zu sagen, was oft genug aus anderen Orten

berichtet worden ist: ist Arbeit vorhanden, so muß bis in die späte Nacht geschuftet werden, wer dagegen muß, wird an die Luft befördert; ist die Arbeitslosigkeit eine seltenere geworden, wird in der unerschämtesten Weise auf die ohnehin niedrigen Löhne gedrückt. Hierbei kann ich nicht unterlassen, die auswärtigen Kollegen zu warnen, wenn in Zeitungen Tischler für die Firma Julius Köhler's Nachfolger in Chemnitz gesucht werden. Wie aus einem Briefe, welchen besagte Firma an einen Kollegen in Orlitz in Schlesien gerichtet hat, zu ersehen ist, sucht obige Firma Tischler durch schöne Versprechungen heranzuziehen. So wird z. B. in dem Briefe gesagt: „Uns ist es in der Hauptsache darum zu thun, gute Arbeiter heranzuziehen und dauernd zu beschäftigen. Sämtliche Arbeiter sind bei uns auf Akkord und verdient ein mittlerer Arbeiter bis M. 18, ein flotter bis zu M. 24 und höher.“ Die Firma hat aber wohlweislich unterlassen, zu bemerken, daß den „mittleren Arbeitern bis zu M. 18“ mitunter M. 4—8 an diesen versprochenen „M. 18“ fehlen. In der Fabrikordnung heißt es: „Jeder Arbeiter erhält während der Dauer seines Akkords mindestens den ortsüblichen Tagelohn und geschieht die vollständige Ausgleichung nach Beendigung des Akkords.“ Nach dieser Bestimmung und nach besagtem Versprechen in obigem Briefe müßten diese Kollegen nach Beendigung ihres Akkords ein hübsches Stämmchen herausgeholt bekommen, tatsächlich kommt es aber nicht selten vor, daß sie mit M. 5—6 und noch weniger abgehen müssen, weil der Akkordpreis so bemessen ist, daß in den meisten Fällen nicht mehr übrig bleibt. Auch zeichnet sich die Werkstatt von Wihl, Zimmermann durch niedrige Löhne aus. In dieser Werkstatt sind Maschinen eingeführt worden, infolgedessen auch die Arbeit. Da gibt es z. B. für eine Thürfüllung, nachdem diese auf der Maschine gehobelt und abgeplattet ist, 8 M. Für diese 8 M. müssen etwaige Risse geleimt, Maße angefeilt, abgeplattet, beide Seiten abgeputzt, ausgefittet und abgeschliffen werden, und so ist das Verhältnis bei allen Teilen. Diese Beispiele werden den auswärtigen Kollegen jedenfalls genügen, um die nötige Vorsicht zu gebrauchen, wenn etwa verlockende Versprechungen in auswärtigen Zeitungen gemacht werden. Derjenigen Holzarbeitern aber, welche dem Verbands noch gleichgültig gegenüberstehen, rufe ich zu: Bormwärts, schüttelt endlich die alte Gleichgültigkeit ab, tretet ein in die Reihen eurer kämpfenden Kollegen, schließt Euch dem Holzarbeiter-Verbande an, nur dann ist es möglich, eine Verbesserung unserer Lage herbeizuführen. Euch aber, die Ihr die Notwendigkeit der Organisation begriffen habt, rufe ich zu: Erschlafft nicht in Eurer Tätigkeit für unsere Sache, werdet und agitiert, wo sich nur irgend eine Gelegenheit bietet, dann werden wir alle Hindernisse mit Leichtigkeit überwinden.

Freiburg i. B. In unserer Mitgliederversammlung sprach Kollege K. Kaufner über: „Das Programm der deutschen Gewerkschaften, mit besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsdebatte auf dem Kölner Parteitag“ in recht zufriedenstellender Weise. Eine Diskussion fand nicht statt. In der am 26. März hier stattfindenden Holzarbeiterkonferenz für Baden und Elsaß wurden die Kollegen H. Bernauer und K. Kaufner als Delegierte gewählt. Ebenso eine Kommission von 5 Mitgliedern, welche für das Arrangement und für den Empfang der auswärtigen Delegierten zu sorgen hat. Ohne Zweifel wird diese Konferenz für die Weiterentwicklung unserer Organisation für Baden und Elsaß von agitatorischem Werth sein. Und so rufen wir den auswärtigen Delegierten zu: Willkommen in Freiburg.

Bonnung. Am Sonntag, den 11. März, fand im Lokale des Herrn Härtel eine von der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes einberufene Vollversammlung statt. Dieselbe war gut besucht. Als Referent war der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Karl Holz aus Stuttgart, aufgetreten. Sein Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die Notwendigkeit der Organisation fand allseitige lebhafteste Zustimmung, was auch der Inhalt, der während und nach dem Vortrage geäußert wurde, bewies. Hieran folgte eine Diskussion, an welcher sich z. B. auch ein „Arbeiter“ der Reisinger Lederfabrik beteiligte. Nachdem er manches anerkennbare Zeug heruntergelassen hatte, verließ er sich zu der fürchterlichen Drohung, keine öffentliche Arbeiterversammlung mehr zu besuchen. Nach einem Schlußworte des Referenten schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Heberlingen i. B. Am 18. v. M. hielten wir unsere regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Es handelte sich um recht wichtige Angelegenheiten. Die hiesigen Verhältnisse sind freilich nicht die besten, da erstens die Schreinermeister glauben, sich schon überangehörig zu haben, wenn sie einem Kollegen M. 7 Lohn nicht zahlt und Logis bei einjähriger Arbeitszeit zahlen lassen. Der Lohn schwankt hier zwischen M. 5 und 7. Ja, einem Meister ist sogar M. 5 noch zu viel, da er denkt, bei seiner Maschinenführung mit Dampf und Wasserkraft können die Kollegen lange so große Anspannung bei der Arbeit. Das könnte er wohl sagen, wenn er die Maschinen immer in Betrieb hätte. So hat der gute Mann immer das Bedürfnis, Geiseln einzufassen, da gewöhnlich einer nicht viel länger als vierzehn Tage bei ihm bleibt. Ferner ist hervorgehoben, daß ein Meister die Sozialdemokratie noch als Verbrecher ansieht. So fand vor wenigen Tagen eine sozialdemokratische Versammlung statt und da er die Gefahr von dem Meister bei jeder Versammlung andeutend war, hielt er es dem Geiseln die folgende Woche fest vor, wozu derselbe, da er es nicht länger aushielte, die Arbeit niedrige. Wir bitten die reisenden Kollegen dringend, das Umgehende zu unterlassen, da auch Hochrentenbesitzerrechte M. 4 und der Sozialisten erhalten. Kürzer Auszug enthält jedoch der Beschlüsse und Reden. Wenn wir uns um bessere Verhältnisse schaffen wollen, so fordern wir die hiesigen Kollegen auf, dem Verbands beizutreten und die Versammlungen häufiger zu besuchen. Es sind ausschließlich nur fremde und ledige Mitglieder, die der hiesigen Zahlstelle angehören. Der Beschlüssen ist hier noch eine große Halle. Daran Kollegen, gegen alle Mann für Mann für unseren Verband, damit wir auch die Sozialdemokraten heranziehen und bessere Zustände schaffen können.

Kaiserthronen. Es fällt hier sehr schwer die Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Von Jahr 1890 (?) Holzarbeitern gab es in dem Lande an. In den meisten Fällen sind uns gesagt, daß der Herrschaft keine Lust hat sie heranzuziehen. Die Holzarbeiter haben sie viel höhere Beiträge nötig, man solle uns vor, daß der Beitrag für den Verband so und so viele Mark beträgt, auf die Mark, die der Holzarbeiter zahlen sollte. Immer es nicht an Teile von der Kollegen, die nicht Mitglieder des Verbandes waren und das große Wort führten, agitiert jetzt gegen uns. — In der in Frankfurt a. M. heute stattfindenden Holzarbeiterkonferenz hatten auch wir

einen Delegierten entsandt, ob die Zahlstelle Ludwigsbafen und in dem eingesandten Bericht, nach welchem von neun vertretenen Orten nur acht aufgeführt sind, verweisen hat, wissen wir nicht. Nun, wir werden auch ohnedem und trotzdem unsere Zahlstelle, so viel in unseren Kräften steht, zu heben suchen. — Unsere Mitgliederversammlungen finden alle 14 Tage, Sonnabends Abends, bei Herrn Eduard Klement, „Zur deutschen Grethel“, Bierstraße, statt.

Eingefandt.

In Nr. 9 der „Solzarbeiter-Ztg.“ befand sich eine kurze Notiz aus Oberndorf a. Neckar, worin gesagt wurde, daß in der mechanischen Tischlerei von Federle mehrere Tischler eingestellt werden sollten; die Jurisisten sollten erucht werden, ehe sie Arbeit suchen, sich im Lokal „Gasthaus zur Sonne“ beim Vertrauensmann zu melden; zwingende Gründe veranlassen uns zu dieser Maßregel.“

Ich erkläre nun hiermit, daß gegen das Geschäft des Herrn Federle selbst nichts vorliegt, was eine solche Maßregel rechtfertigen könnte. Die „zwingenden Gründe“ sind rein lokaler Natur und haben keinen Bezug auf das Geschäft des Herrn Federle. Dieser Herr hat bis dato noch keine Veranlassung gegeben, daß im Geschäft weder in Betreff der Behandlung, noch sonst Ausstellungen gemacht werden können. Es muß dieses hiermit öffentlich konstatiert werden, um den versuchten Verheerungen und Mißdeutungen rechtzeitig entgegenzutreten. Allerdings hat es in dem Geschäft auch schon Differenzen gegeben wegen der Zugehörigkeit zum Deutschen Holzarbeiter-Verband; diese Differenzen sind aber allem Anschein nach nur auf eine Person zurückzuführen, welche um jeden Preis in der Werkstatt und im Verband die erste Geige spielen möchte. Da Letzteres aber absolut nicht zugestanden wird, so muß eben mit aller Macht das Erstere zu erreichen gesucht werden; um aber dieses zu bewerkstelligen, muß man die Kollegen vom Verband abwendig zu machen suchen und selbst austreten (das Letztere ist allerdings für den Verband kein Verlust), und trotz diesem will es fast nicht gelingen, Herr Werkführer zu heißen. Nicht wahr? Es wär' so schön gewesen, es hat nicht solca sein.

D. Repler,
Vertrauensmann der vereinigten Gewerkschaften
von Oberndorf a. N.

Frankfurt a. M.

In einer Korrespondenz aus Wiesbaden in der vorletzten Nummer der Zeitung ist eine Resolution wiedergegeben, die von der dortigen Mitgliederversammlung angenommen wurde und in welcher letztere ihre ablehnende Haltung gegenüber der Agitationskommission für den heftigen Bezirk zum Ausdruck bringt.

Es soll selbstverständlich den Wiesbadener Kollegen in keiner Weise ihr gutes Recht, alle möglichen Resolutionen zu beschließen, bestritten werden; auch wollen wir uns jeder Bemerkung über Form und Inhalt der Resolution, sowie auch darüber enthalten, ob die Veröffentlichung derselben „einen Nutzen zur Förderung der Zahlstellen bringt“, wir müssen aber doch hinzufügen, daß am 10. März der Vorsitzende der Agitationskommission in der Mitgliederversammlung in Wiesbaden über die Aufgaben der Kommission sprach, wobei er auf die Schwierigkeiten hinwies, mit denen dieselbe vielfach zu kämpfen habe.

Durch diese Ausführungen erklärten sich die Kollegen in Wiesbaden zufriedengefüllt; es wurde u. A. gesagt: „Die Resolution sei nicht so schlimm gemeint.“ — Dieses konnte dem Wiesbadener Bericht gerechter Weise hinzugefügt werden. — Daß die Agitationskommission nach besten Kräften ihren Verpflichtungen nachzukommen sucht, dessen können die Zahlstellen versichert sein.

Die Agitationskommission für Oeffen-Raffan.
J. A.: F. A. Batters.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

An die Vorsitzenden der örtlichen Gewerkschaftskartelle und Vertrauensleute.

In den letzten Tagen sind die Flugblätter für die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie zur Verfügung gekommen und dort, wo keine Adressen von Vertrauensleuten der Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie vorhanden sind, an die Vertrauensleute anderer Gewerkschaften gesandt worden. An diese richten wir nun die dringende Bitte, daß sie sich die Verbreitung der Blätter anlegen lassen möchten. Auch bei den in wenigen Wochen stattfindenden Versammlungen der Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie werden die Vertrauensleute in den einzelnen Orten die Einberufungsarbeiten übernehmen müssen, und hoffen wir auch hier, daß die betreffenden Genossen sich der Sache mit dem Eifer und der Wärme widmen, welche notwendig sind, um einen Erfolg der Agitation herbeizuführen.

Die Generalkommission.

Gewerbegerichtswahlen. Bei der am 18. März in Leipzig stattgehabten Wahl der Arbeiterbeisitzer zum Gewerbegericht wurden 3668 Stimmen für die sozialdemokratische Liste abgegeben. Eine Gegenliste war nicht erschienen, die erstere ist also glatt durchgegangen. Im Jahre 1891 wurden für unsere Liste 1893 Stimmen abgegeben, sie hat also diesmal fast doppelt so viel Stimmen erhalten, wie vor drei Jahren. Das ist ein Anzeichen, die die Leipziger Gewerkschafter verheßen werden und hoffentlich auch an den Stellen gemüßigt werden wird, die über die Anträge auf Errichtung von Gewerkschafts-Schiedsgerichten zu befinden haben.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Göppingen (Württemberg), die am 12. v. M. vollzogen wurde, siegte die Liste der Sozialdemokraten mit einer Majorität von 498 Stimmen über die übrigen Parteien. Und das Alles, trotzdem diese Armen sich der trüglichen Beschäfte der Fabrikanten zu erwehren hatten. Es ist überall aus mit den Harmonischalmeien.

Bei den Wahlen der Arbeitervertreter zum Gewerbegericht in Hietzing haben unsere Genossen über den vereinigten Widerstand der evangelischen und katholischen Arbeitervereiner gesiegt. Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten 630, die des Reichstags nur 330 Stimmen.

Der Vorstand des Münchener Gewerbevereins, der 26 Beschlüsse unternahm, hat dem Magistrat einen Antrag zur Beschaffung, betreffend die Errichtung eines Arbeitsamtes,

unterbreitet. Das Schriftstück enthält neun Paragraphen nebst einer sehr umfangreichen eingehenden Begründung.

Der Streik der Möbelschreiner in der Münchener Maschinenbaugesellschaft dauert unverändert fort. Voraussetzliche dürfte der Vorarbeiter die Hauptschuld tragen an der Hartnäckigkeit der Firma. Wird seitens der Kollegen der Bezug nach dem Geschäft ferngehalten, dann steht der Sieg der Streikenden sicher zu erwarten.

Der Streik in der Schulze'schen Möbelfabrik in Bremen dauert fort! Da unter Vorpiegelung falscher Thatfachen von den Agenten des p. p. Schulze Arbeiter anzuwerben gesucht werden, eruchen wir die Kollegen, Obiges zu beachten und den Bezug fernzuhalten.

Der Vorstand der Zahlstelle Bremen.
J. A.: Otto Kahl.

Achtung, Tischler und Stellmacher! Bezug nach Olbesloe (Holslein) ist streng fernzuhalten; insbesondere müssen wir die Kollegen in Hamburg, Lübeck, Wandsbet, Segeberg und WAln darauf aufmerksam machen.

Briefe und Sendungen sind zu richten an R. Wehnert, Tischler, Olbesloe, Segebergerstraße 30.

Achtung, Tischler! Die Kollegen der Bauwerkerei von E. Gring (früher Gring u. Krause), Lübeckstraße 27, Berlin, beabsichtigen nach Fertigstellung ihrer angefangenen Akkordarbeiten die Arbeit niederzulegen, weil ihnen trotz der ohnehin schon niedrigen Preise noch weitere Lohnabzüge gemacht wurden. Außerdem herrscht außerordentliche Unzufriedenheit über die vorhandene Fabrikordnung und die unpünktlichen Auszahlungen der Restlöhne. Wir bitten die Kollegen, bis zur Beilegung der Differenz dies zu berücksichtigen.

Achtung, Kistenmacher! In der Kistenfabrik des Herrn Göhlbodor, Friedrichsberg bei Berlin, Fahrstr. 19, haben die Arbeiter, mit Ausnahme des Kollegen Franz, wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Vor Bezug wird gewarnt.
Der Vertrauensmann.

Achtung, Bildhauer! In Dortmund sind die am Postbau beschäftigten Bildhauer mit dem Polier in Lohnminderungen gerathen. Bezug ist unbedingt fernzuhalten. Nähere Nachricht folgt. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Achtung, Bürstenmacher! In der Werkstatt des Herrn Finkler, Schillerstr., Hamburg-Elbe, haben die Kollegen wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Bezug ist fernzuhalten.

Die Schreiner Zürich haben mit 418 gegen 8 Stimmen beschlossen, in den Streik einzutreten. 600—700 Mann werden sich daran beteiligen müssen.

- Die Forderungen sind folgende:
1. Neunständige Arbeitszeit ohne 9 und 4 Uhr-Pausen, bei einem Stundenlohn von 55 Cts.
 2. Die Streikkommission hatte die Abschaffung der Akkordarbeit aufgestellt, jedoch wurde diese Forderung mit 128 gegen 113 Stimmen verworfen; dagegen wurde die Forderung eingelezt, daß bei Akkord der Tagelohn garantiert wird.
 3. 50 Prozent Lohnzuschlag bei Sonntags- und Nachtarbeit, 33 Prozent bei Ueberzeitarbeit.
 4. Achtstündige Auszahlung bei einem Abzug von höchstens einem Tag.
 5. Achtstündige Kündigung.
 6. Eintragung der Zahlungen mit Tinte in ein numerirtes Zahlensbuch, welches dem Arbeiter zuzustellen ist.
 7. Der Akkord ist nach Fertigstellung abzurechnen und am darauffolgenden Zahltag auszuzahlen. Die Akkordarbeit ist nach dem aufgestellten Tarif zu zahlen. Bei Abweichungen gilt der Tarif als Anhaltspunkt.
 8. Der Arbeitsnachweis wird von den Arbeitern unter Kontrolle der Arbeitgeber geführt.
 9. Bei Streitigkeiten wird ein Schiedsgericht nach § 732 der Zürcherischen Rechtspflege eingelezt.
 10. Der 1. Mai wird als Arbeiterfeiertag freigegeben.

Wie man sieht, haben die Schreiner eine ganze Anzahl Forderungen aufzustellen gehabt, wer aber nur einigermaßen die Verhältnisse Zürichs aus Erfahrung kennt, wird die Forderungen begreiflich finden. Zürich, durch seine Lage und seinen regen Verkehr zur Haupthandels- und Industrie- und ganzen Schweiz gelangt, wird natürlicherweise auch von sämtlichen Arbeitern, welche die Schweiz bereisen, besucht und ist daher die Konkurrenz und die Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern die größte sämtlicher Schweizerstädte. Außerdem kommt noch hinzu, daß sich die staatlichen Abgaben innerhalb zweier Jahre verdoppelt haben. Die Lebensmittelpreise stehen auch in keinem Verhältnis zum Lohn; so kostet ein Pfund Brot z. B. durchschnittlich 20 Cts., ein Pfund Fleisch durchschnittlich 90 Cts., eine Wohnung von 2 Zimmern und Küche kostet immer 350 bis 450 Frs.; rechnet man nun noch hierzu eine jährliche Arbeitslosigkeit von etlichen Wochen, so wird man aus Vorstehendem leicht berechnen können, wie groß das Defizit jährlich bei einem Arbeiter mit einem Lohn von 4.50 Frs. ist. Es ist daher wirklich an der Zeit, daß sich die Arbeiter zu einem energischen Schritt antraffen, und das haben sie dies Jahr ehrlich gethan. Alle Bauhandwerker sind in die Lohnbewegung eingetreten; die Maler streiken bereits, die Maurer, Gipser und Zimmerleute halten die letzten Versammlungen vor dem Streik, und auch die Schreiner sind auf dem Punkte angelangt, daß sie die Arbeit niederlegen müssen. Es ist wirklich kein leichtes Stück Arbeit für Eure Kollegen, den störrigen chauvinistischen Sinn der Zürcherischen Reichsregierung zu brechen, aber wir hoffen auf die Solidarität unserer Genossen im Auslande und rechnen darauf, daß jeder ehrliche Kollege sich nicht verlocken läßt, durch Bezug uns in unserem schweren Kampfe zu hindern; denn die Zürcher Meister werden an allen deutschen Orten Leute suchen.

Darum, Kollegen in Deutschland, haltet die Solidarität hoch und dann haben wir Hoffnung, Euch baldigst einen besseren Bericht geben zu können.

Achtung, Druckschüler! Die Kollegen in den Wienerer Stodfabriken von Joseph L. Poppe und Jedor Leibewitz liegen im Streik. Es wird von einem Herrn

Weinberger verläßt, hier Streikbrecher für die genannten Firmen anzuwerben. Wir warnen hiermit jeden Drechsler und bitten, den Zugang fernzuhalten.

40 Verlmutterdrechsler in Wiener Neustadt stehen seit dem 3. v. M. im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Die Bürstenbinder in Budapest stehen seit acht Tagen im Streik. Die Stimmung unter denselben ist bis heute eine gute, aber man hat in Erfahrung gebracht, daß aus Prag ein Agent hier war, und zwar soll derselbe aus der Bürstenfabrik Karl Kopp gewesen sein, der den hiesigen Meistern versprochen haben soll, Arbeitskräfte zu besorgen. Die Prager Genossen, sowie auch die Wiener Bürstenbinder werden auf diesen Vogel aufmerksam gemacht. Wenn von außen keine Arbeitskräfte herbeigeschafft werden, ist das Gelingen des Streiks sicher. Die Sachgenossen werden deshalb ersucht, Zugang streng fernzuhalten.

Berichts-Chronik.

Hat der Affordarbeiter einen rechtlichen Anspruch darauf, nach erfolgter Kündigung während des Ablaufs der Kündigungsfrist solche und so viel Beschäftigung vom Arbeitgeber zu verlangen, daß er seinen bei voller Ausnutzung des Arbeitstages durchschnittlich erzielten Verdienst erreichen kann?

Diese für Affordarbeiter wichtige Frage wurde von der Kammer VIII in Berlin am 17. März folgendermaßen beantwortet: Der § 124 (Nr. 4) der Gewerbeordnung gebe jedem Gesellen und Gewerbegehülfe das Recht, vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung die Arbeit zu verlassen, wenn der Arbeitgeber bei Stücklohn nicht für ausreichende Beschäftigung sorgt. Eine andere Bestimmung enthalte das Gesetz bezüglich der „nicht ausreichenden Beschäftigung bei Stücklohn“ nicht, sie sei also allein anwendbar. Der Kläger — ein Porzellanmaler, der wegen nicht genügender Beschäftigung während der Kündigungsfrist von der Firma Koch & Rauch 10 M. Entschädigung verlangt — hätte im Moment, wo er seiner ungenügenden Beschäftigung inne wurde, die Arbeit niederlegen und für die noch übrigen Tage der vertragsmäßigen Zeit (hier der Kündigungsfrist) Vohuentzschädigung fordern können. Die Nichtinanspruchnahme genannter Bestimmung der Gewerbeordnung sei als Einverständnis mit der gebotenen Verdienstmöglichkeit zu betrachten. Deshalb müsse Kläger abgewiesen werden.

Sonntagsruhe und Kunsteis. Zur Handhabung der Sonntagsruhe hat das Berliner Kammergericht eine prinzipielle Entscheidung gefällt. Der Besitzer einer Kunsteisfabrik in Köln war wegen Vergehens gegen die Sonntagsruhe angeklagt worden, weil er an einem Sonntag während der Gottesdienststunden seinen Kutscher vorher bestellte Eis ausfahren ließ. Das Schöffengericht und die Strafkammer hatten auf eine Geldstrafe erkannt, wogegen der Beklagte aber mit dem Hinweise Revision einlegte, daß das Eis zu den Naturprodukten gehöre, deren Verkauf auch dem Produzenten an den Sonntagen gestattet sei. Dementprechend hat denn auch das Kammergericht auf Freisprechung erkannt, da das Ausfahren selbstgewonnenen Eises nicht unter den Begriff der Ausübung eines Handelsgewerbes falle.

Ein Fremdenbild aus dem Paradies des Herrn v. Stephan. In welcher unglücklicher Lage sich vielfach die unteren Postbeamten befinden, zeigt eine Schwurgerichtsverhandlung in Flensburg. Der Angeklagte, ein Landbriefträger S., hat sich durch acht selbstständige Handlungen im Amte der Unterschlagung und Urkundenfälschung schuldig gemacht. Der Angeklagte giebt an, die Noth habe ihn zu den verbrecherischen Thaten getrieben. Er hatte neun Kinder im Alter von 1 bis 17 Jahren zu versorgen und durch Krankheit sei er in Schulden geraten, die ihn sehr bedrückten. Das Gehalt des Angeklagten belief sich auf M. 600, welches nach 5 Jahren auf M. 700 und schließlich auf M. 860 erhöht wurde. Die Geschworenen billigten dem Angeklagten denn auch mildernde Umstände zu, obgleich sie sämtliche Schuldfragen bejahten. Der Staatsanwalt beantragt eine möglichst milde Strafe. Das Gericht erkannte auf 9 Monate Gefängnis. — Ein Kommentar zu der Lage dieses bedauerenswerthen Reichsbeamten erscheint uns überflüssig, denn die Aussagen des Angeklagten über eine solche scharfe Kritik an den heutigen Zuständen, daß jedes weitere Wort dieselbe nur abschwächen könnte.

Bunte Reihe.

Zum Kapitel Berliner Prachtbauten. Das Hotel „Minerva“, unter den Linden, ist infolge einer holländischen Verschönerung, durch welche gewisse unentbehrliche Wirtschaftsräume als zum dauernden Aufenthalt von Menschen ungeeignet erklärt werden, mit dem Ablauf des alten Jahres geschlossen worden. Es ist nicht angegeben, worin die Untauglichkeit der Hotelräume zum dauernden Aufenthalt von Menschen besteht; aber da eine bauliche Abänderung überhaupt nicht möglich zu sein scheint, muß es mit der Witterung des erst vor kurzem angelegten Prachtbaues ziemlich schlimm bestellt sein. Es wird also für die Eigenthümer des verbauten Hauses, die bekannten Gebrüder Hermes, nichts Anderes übrig bleiben, als einen neuen Prachtbau zu errichten, der auch für Menschen zu gebrauchen ist.

Die drei stärksten Eichen der Mark Brandenburg und wohl die stärksten im ganzen deutschen Reiche befinden sich in der Umgegend von Berlin. Die erste steht unmittelbar am Grunewald im Dorfe Dahlem, sechs Kilometer von Berlin. Nach der Chronik des Ortes steht dieser herrliche Baum seit dem Jahre 1436. Acht Männer vermögen den Baumstamm nicht zu umspannen. Die Höhe beträgt 34 Meter und der Umfang der Baumkrone 26 Meter. Die zweite Eiche steht 30 Kilometer von Berlin bei Finkenkrug; dieser holze Baumriese wird die „Königs-Eiche“ genannt. Neun Männer sind nicht im Stande, den Baumstamm zu umspannen. Nach den ältesten Chroniken soll der Baumriese um das Jahr 1493 gepflanzt worden sein. Die dritte dieser stolzen Eichen steht unmittelbar an der Chaussee zwischen Werbig und Letzin in Oberbruch, 10 Meilen von Berlin. Neun Männer sind erforderlich, diesen Baumriese zu umspannen. Die Höhe des Baumes beträgt 34 Meter und der Umfang der Baumkrone 20 Meter. Nach den ältesten Chroniken des Ortes Werbig soll die Eiche im Jahre 1453 gepflanzt sein.

Förmliche Menschenjagden werden in Böhmen von Sonntagsjägern veranstaltet. Nach dem statistischen Ausweise über die Sonntagsjäger in Böhmen wurden im Jahre 1893 in 12348 Gemeinden von Sonntagsjägern durchschnittlich pro Jahr 1000 Schüsse abgegeben, durch welche getödtet wurden: 18 Greifvögel, 27 Männer, 7 Burken und 3 Mädchen. 3014 Menschen (meist Treiber) wurden angeschossen. Außerdem tödteten die Sonntagsjäger: 8 Ochsen, 12 Kühe, 123 Kälber, 275 Biegen, 59 Widder, 72 Schafe, 1 Schöpf, 3671 Jagd- und 11419 andere Hunde, 8762 Kagen, 18 Rehböcke, 455 Rehe, 149 Hasen, 222 Rebhühner, 26 Fasane, 844 Sperlinge, 2 Pferde. An Entschädigungen haben die Sonntagsjäger gezahlt: 413 590 Gulden, an Schmerzensgeld 633 093 Gulden, Ärzten und Advokaten 172 000 Gulden. An Strafe haben sie für ihre Gesetzmäßigkeit abgelesen 74 088 Stunden. Für einen angeschossenen und getödteten Menschen entfällt also rund ein Tag Strafe. Diese Zahlen charakterisieren das ganze heutige System, sie sind so aufreizend, daß es nicht möglich ist, etwas beizufügen. Die Erschossenen und Angeschossenen sind arme Proletarier, die für einige Kreuzer ihre Haut zu Markte tragen, die Schützen sind vergnügungssüchtige Bourgeois. Kann der Unsinne der heutigen Gesellschafts-„Ordnung“ besser hervorgehoben werden?

Technisches.

Braunholz oder imitirtes Nußbaumholz. Im Gewerbehaufe zu Dresden wurde eine Anzahl Holzsorten unter der Bezeichnung „Braunholz oder imitirtes Nußbaumholz“, theils in rohem glattegehobeltem, theils in polirtem Zustande in der Stärke von 1—10 Zentimeter, durch und durch braun gebeizt, von Paul Jäger, in Firma Jäger und Söhne in Erlangen, a. N., ausgestellt, und erfreuten sich dieselben seitens der Sachkenner, namentlich der Tischler, Drechsler und Holzbildhauer, der größten Beachtung, da bei Benutzung desselben das lästige Beizen wegfällt, diese Holzsorten sofort gewachst oder auch geschliffen und polirt werden können, und was ein Hauptvorteil bei schwachen Dicken sein dürfte, da es einer Trocknung ausgesetzt wird, sich auch nicht zieht. Zu diesem Braunholz werden alle bis jetzt zur guten oder mittleren Möbelfabrikation wenig oder garnicht benutzten Holzsorten, als z. B. Kirschbaum, Birke, Rothbuche u. a. m. verwandt. Erstgenannte sehen, wenn polirt, wie dunkel gewordenes Mahagoni aus und ist von echtem Mahagoni, wie durch ein mitausgestelltes Vorzimmermöbel bewiesen wurde, fast garnicht zu unterscheiden. Außerdem waren noch in ungebeiztem und gebeiztem Zustande Eiche, Birke, Erle, Birn- und Apfelbaum, Kastanie, Kirschbaum, Esche, Rothbuche, Ahorn, Erle, heller deutscher Nußbaum, ja selbst die Nadelhölzer, Fichte, Kiefer und Tanne vorhanden, und ist es nun auch möglich, die letzteren zur Möbelfabrikation, ohne dieselben mit Farbe behandeln zu müssen, heranzuziehen zu können. Ein weiterer Vortheil ist, daß die genannte Firma außer Brettern in beliebigen Längen, Dicken und Sorten auch zugleich Wohlungen von allen nur möglichen Zeichnungen liefert, die auf Wunsch auch zugleich polirt werden, und dürfte somit diese neueste Erfindung für den Tischler, Instrumentenmacher, Galanteriewaarenfabrikanten, Bürstenmacher, Drechsler, Holzschneider und andere Holzindustrielle von großem Werthe sein. Dieselbe wurde nicht nur in Deutschland, sondern auch noch in mehreren anderen Staaten patentirt, und eine Zeitung aus Kanada berichtet in der günstigsten Weise über dieselbe, indem sie mittheilt, daß eine Firma in Ottawa das Recht erwarb, Buchen- und Birkenholz nach dem Patente zu behandeln, das bisher, nach dem gewöhnlichen Verfahren markt-fähig gemacht, sehr schwer Absatz fand.

Durch diesen neuen Prozeß wird der Saft aus den Brettern und Pfosten getrieben, indem dieselben gleich nach dem Schnitt 12 Tage in eine Dampfkammer gelangen und dann je nach der Stärke 20—30 Tage in einen Trockenraum kommen, worauf eine chemische Behandlung folgt, die den Holzern das Aussehen von Nußholz, durch und durch braun gebeizt, verleiht. Kanada besitzt die reichsten Buchen- und Birkenwälder der Erde, und werden dieselben erst durch das deutsche Patent erschlossen und werthvoll und gehen von da aus nach England. Dortselbst sowie in anderen Ländern werden nun gleichfalls nach und nach und je nach dem Bedürfnis und Wunsch der Holzindustrie-Fabriken zum durch und durch Braunbeizen des Holzes erdichtet und die in Deutschland bestehenden sollen noch durch einige in den verschiedensten Landestheilen vermehrt werden.

Durch diese neue Erfindung wird es möglich werden, den Kirschbaum, die Birke, die Erle, die Rothbuche und andere Holzarten, welche in vielen Gegenden nur zu Feuerholz verwendet wurden, nun auch zur Einrichtung unserer Wohnungen, zu Möbeln und anderen Gegenständen nutzbar zu machen. Das Holz, und insbesondere das schlechte, wird dem amerikanischen Nußbaum sehr ähnlich, die Farbe tritt nach dem Schleifen mit Zeit oder dem Einlassen von Braunstein sehr schön hervor und die Farbenwirkung wird noch erhöht, wenn dasselbe polirt wird. Jedenfalls dürfte die Eiche des Holzes durch das Imprägniren noch gewinnen, da dasselbe alsdann besser steht, sich weniger wipft und auch dem Wurmfraße nicht unterworfen sein dürfte. Dieses Braun- oder imitirte Nußbaumholz wurde bereits mehrfach besprochen und wird von dem Herrn Professor Krauth in Karlsruhe und den Tischlermeistern W. Friedrich in Offenbach, G. Komertrecht in Immenstadt, D. Böttler in Bamberg und Anderen auf das Beste empfohlen. Die in Dresden von genanntem Braunholz angefertigten und im Gewerbehaufe ausgestellten Rahmen und Vorplatzmöbel erfreuten sich der größten Anerkennung, und wurden letztere nicht nur sofort verkauft, sondern auch noch mehrfach nachbestellt und auch prämiirt. Sollten diese Zeilen dazu beitragen, daß dieses Braunholz oder imitirtes Nußbaumholz die Beachtung der Tischler und Instrumentenmacher, Drechsler, Holzbildhauer u. a. m. fände, so würde dies erfreulich sein, da einestheils, wie schon bemerkt, bis jetzt mißachtete Holzsorten benutzt werden und anderentheils den die Arbeiten ausführenden Gewerbetheiligen ein reichliches, schnelleres und sicheres Arbeiten ermöglicht wird. Wünschenswerth wäre auch sein, wenn Sammlungen von durch und durch braun gebeizten Holzsorten mit genauen Benennungen, roh, gehobelt und polirt, sowie auch dergleichen Rehlungen in allen Sammlungen der Tischler-, Drechsler- und sonstigen Fachschulen zu finden sein möchten.

Zum Aufleben von Celluloid auf Holz. Blech, Leder etc. eignet sich eine Mischung aus 1 Th. Celluloid, 1 Th. Kampferessenz, 3—4 Th. Alkohol von 90° Kampferessenz erhält man, wenn man 1 Th. Kampfer ohne Erwärmen in 7 Th. Weingeist von 0,832 spec. Gew. auflöst und dann 2 Th. Wasser hinzusetzt.

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Benthstr. 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsdepotäre. Vom 1. April ab beträgt das Abonnement durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsdepotäre pro Quartal M. 1,20, unter Kreuzband M. 1,80.

Nr. 8 vom 22. März hat folgenden Inhalt: Die Annahme des russischen Handelsvertrages. — Eine recht schallende Rechtsbelehrung. — Briefe aus Bayern. — Die württembergische erste Kammer. — Der Kommunismus und die ökonomische Entwicklung. — Zur Psychologie des Bauern. — Reichstag. — Politisches. — Agrarisches. Vom Lande. — Parteinachrichten. — Todienliste. — Vermischtes.

Die Sozialdemokratie in Oesterreich-Polen. — Zur Naturgeschichte eines Kartells. II. — Zur Entwicklungsgeschichte der Schuhmacherei. — Aus der Schneiderei. — Die Arbeitslosigkeit in Hamburg. — Die englischen Gewerkschaften und das Haus der Lords. — Die amerikanischen Gewerkschaften. — Eulen und Krähen. — Die Presse frei! — Gewerkschaftliches. Vereine. — Arbeiterschutz. Arbeiterversicherung. — Wie man uns behandelt.

Sozialpolitisches Centralblatt. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Mauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 &. Erschienen ist Nr. 26, 3. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dieß Verlag) ist soeben das 25. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Mancherlei Drähte. — Bäuerliche Produktiv-Genossenschaften. I. — Die Diamanten-Industrie in Amsterdam. Von H. Polack. — Lewis G. Morgan. — Literarische Rundschau. — Notizen: Was eine Parlamentswahl in England kostet. Armuth und Krankheit. — Feuilleton: Der Tod im Walde. Von Nikolaus Krauß. (Schluß.)

Im Verlage von J. H. W. Dieß in Stuttgart erscheint gegenwärtig in Lieferungen „Liebknecht's Volks-Fremdwörterbuch“ und „Die Geschichte der Kommune von 1871“ von Lissagaray. Illustrierte Ausgabe. Von beiden Werken liegen uns je Heft 1 und 2 vor. Das Volks-Fremdwörterbuch ist einer vollständigen Umarbeitung unterzogen und sein Inhalt um Bedeutendes vermehrt, so daß es jetzt allen Anforderungen, die man an ein gutes Volks-Fremdwörterbuch zu stellen berechtigt ist, entspricht. — Die Lissagaray'sche „Geschichte der Kommune von 1871“ verdankt ihr Erscheinen in Lieferungen, wie uns die Verlags-handlung bereits früher mittheilte, einem vielfach geäußerten Wunsch aus jenen Kreisen, denen eine einmalige Ausgabe von M. 3 für das komplette Werk zu viel war. Die beiden Lieferungen enthalten folgende Bilder: „Die Rache der Verfallenen“, „Die Erschießung der Generale Thomas und Lecomete“, sowie die gutgetroffenen Porträts „Delescluze“ und „Ferré“. (Die Lieferungen der beiden Werke erscheinen abwechselnd alle acht Tage zu dem Preise von 20 &.)

Der im Verlage von J. H. W. Dieß in Stuttgart erscheinende „Freie Sänger“, welcher bislang nur in Partitur-Ausgabe erschienen, ist jetzt auch in Partitur- und Stimmen-Ausgabe vorhanden und zwar von Nr. 61 an. Der Preis ist dabei so billig gestellt, daß kaum eine Bertheuerung eingetreten ist. Die Partitur kostet 30 &, die Stimmen komplett 40 & oder per Stimme 10 &.

Das Heft Nr. 64 enthält: Frei wollen wir sein! Gedicht von Jacob Audorf. Ruß von Moriz Friedrich. — Die Liebe. Gedicht von Jacob Audorf. Ruß von Moriz Friedrich. — Bierlied. Ruß von J. Suhr.

Das Heft Nr. 65 enthält: Die Freisch und die Ulten. (Feiters Trinksied.) Ruß von Heinrich Riva. — Herzblümlein. Gedicht von Jacob Audorf. Ruß von Heinrich Riva. — 3 Biöni (Schweizer Mundart). Gedicht von Jacob Audorf. Ruß von Heinrich Riva.

Die Leiter der Arbeiter-Gesangvereine werden freundlichst ersucht, den „Freien Sänger“ mit in ihr Repertoire zu ziehen. Die Verlagsbuchhandlung ist gerne bereit, den Herren Dirigenten auf Verlangen eine Partitur zur Ansicht, bezw. zur Prüfung zu übersenden.

Knechtschaft und Freiheit. Zur Aufklärung über unsere Zustände und die Ziele der Sozialdemokratie. Im Auftrage und unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Agitationskommission zu Leipzig herausgegeben von Oswald Köhler. Verlag von R. Schönbach in Dresden. Octav, broschirt. 56 Seiten. Preis 20 &. Der Verfaßer behandelt in dieser Broschüre fast das ganze Gebiet der Sozialknechtschaft in knappen, wir möchten fast sagen „schneidigen“ Kapiteln. Ausgehend von der natürlichen Gleichheit der Menschen, giebt er zunächst ein Bild der Ungleichheiten in der Gesellschaft und ihrer geschichtlichen Ursachen, zeigt hierauf die Bedeutung der menschlichen Arbeit, alsdann geht er über zur Schilderung der Ausbeutung der pädagogischen und ländlichen Bevölkerung durch Kapitalisten, Großbesitzer und Bevormundete. In einem besonderen Abschnitt werden die Vertheidiger der Ausbeutung abgefertigt.

Nachdem in den Abschnitten die „Erfahrungsfrage“ und „zwei merkwürdige Eigenschaften der jetzigen Wirtschaft“ dem Leser ein allgemeines Urtheil über unsere sogenannte „Kultur“ geboten worden ist, schildert der Verfaßer die politische Benachtheiligung des Volkes und wendet sich alsdann zur Darlegung unserer ökonomischen und politischen Ziele. Zum Schluß werden der jetzige Staat und die anderen politischen Parteien charakterisirt und der Fortschritt der Sozialdemokratie zahlenmäßig nachgewiesen. Die Broschüre dürfte sich sehr gut eignen, indifferente Leute besonders auch auf dem Lande, für unsere Partei zu gewinnen.

In H. Hoffmann's Verlag in Barmen-Berlin (früher Leipzig) erschien soeben die dritte Auflage der Agitationsbroschüre: „Die Sozialdemokraten kommen!“ Von Adolph Hoffmann, Verfaßer von „Die zehn Gewone und die besitzende Klasse“. Wir haben kaum nöthig, dieser besonders für die ländlichen Kreise wirklich praktischen Agitationsbroschüre eine Empfehlung mit auf den Weg zu geben; die allgemeine Anerkennung, welche

